

■ „Umfragen schrecken uns nicht“

Margitta Hollick, stellvertretende PDS-Stadtvorsitzende und Stadträtin, über das Kommunalwahlprogramm der Sozialisten, seine öffentliche Diskussion und das Engagement für die Bürger. **Seite 3**

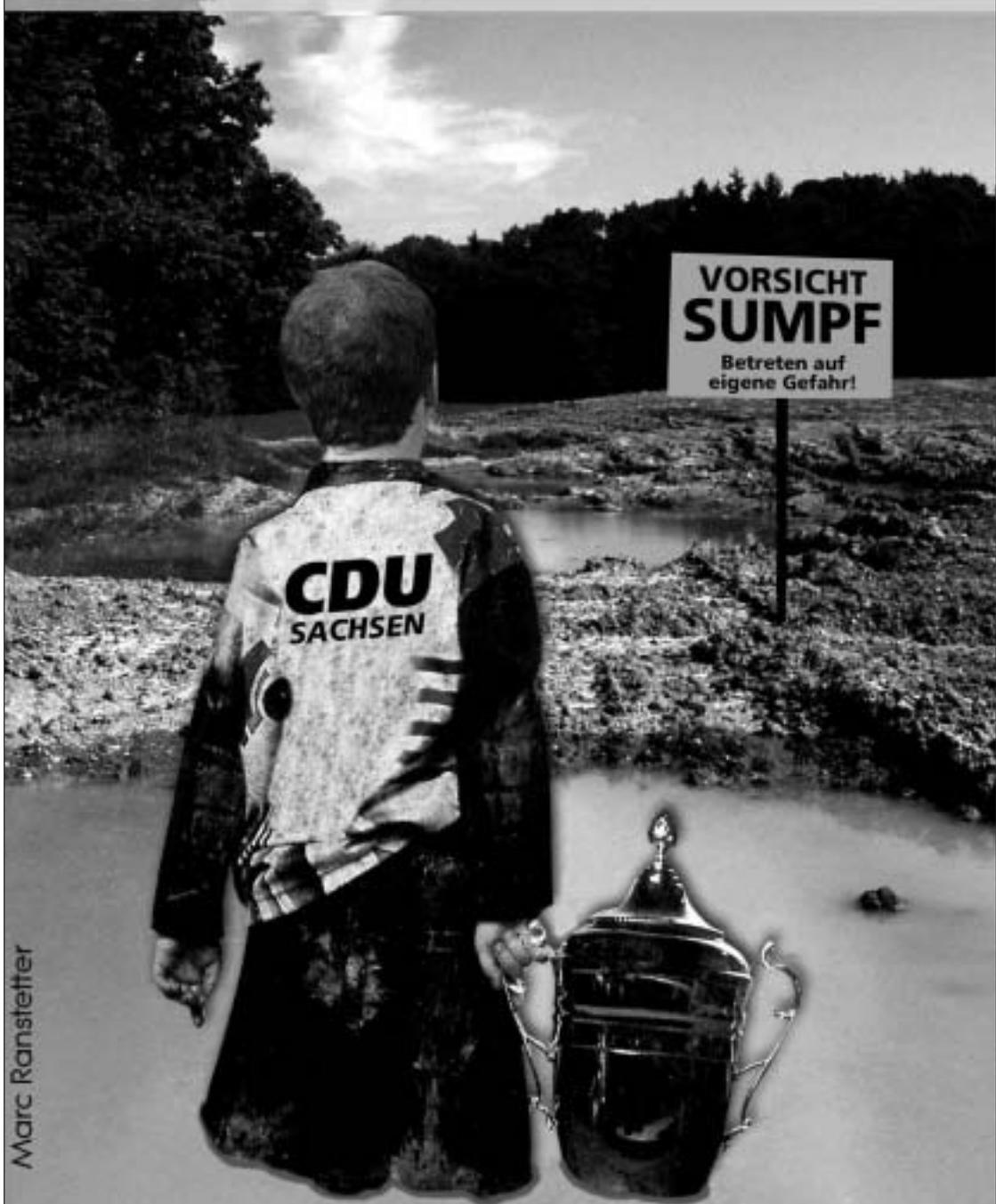
■ Campus-Krieg

Alte Herren intrigieren und kungeln mit der Staatsregierung, um DDR-Architektur zu beseitigen, statt sie behutsam zu erneuern. **Seite 4**

■ Meinungsfreiheit?

In Leipzigs Zeitgeschichtlichem Forum herrscht einseitige Geschichtsbetrachtung. Als eine Studentin kürzlich eine andere Meinung äußerte, wurde sie niedergeschrien. **Seite 5**

WAHLSIEGER ...



Marc Ransteffer

... sollten niemals vom Weg abkommen!

Staatspartei CDU will Leipzig in die Knie zwingen ...

... und stößt auf uneinheitliche SPD

Den Oberen der sächsischen CDU ist es längst ein Dorn im Auge, dass sie in der größten Stadt des Freistaates nur die zweite Geige spielen und ihr ansonsten über Sachsen ausgebreiteter schwarzer Filz noch einige Lücken aufweist. In der Vergangenheit wurde deshalb nicht selten versucht, diese einer Staatspartei unwürdige Situation zu ändern. Wer erinnert sich nicht an die kernigen Sprüche eines gewissen Volker Schimpff, der nach den Kommunalwahlen 1999 eine härtere Gangart gegenüber der SPD ankündigte und dafür prompt zum Vorsitzenden der CDU-Fraktion gekürt wurde. Schimpff, der es nie zum ernsthaften Kommunalpolitiker brachte, ist inzwischen gescheitert. Auch der kürzliche Abgang des Westimportes Kurt-Ulrich Mayer als CDU-Kreisvorsitzender – der als Rechtsanwalt immerhin nahezu 200 000 DM am undurchsichtigen Stadiengeschäft verdiente – muss wohl eher als Kapitulation gesehen werden. Dennoch ziehen beide Herren im Auftrag der Landes-CDU weiterhin fleißig ihre Strippen – bei geänderter Taktik. Erst einmal soll die uneingeschränkte Macht im eigenen Haus errungen werden, was insbesondere die Ausschaltung von Stadtkämmerer Peter Kaminski, der personellen Säule der Rathauskoalition seitens der CDU, verlangt. Nun war nur noch danach zu suchen, was man Kaminski anhängen könnte. Da kam die seit sechs Jahren im Keller tickende Zeitbombe von Spendenmauscheleien, die nunmehr von CDU-Kreisen selbst gezündet wurde, gerade recht.

Warum hält der Leipziger Oberbürgermeister so trutzig an Kaminski fest und weist bisher die Forderungen der sächsischen CDU-Führung nach dessen Entlassung brüsk zurück? Natürlich ist nichts gegen Tiefensees Begründung zu sagen, dass auch für Kaminski bis zum Beweis des Gegenteils die Unschuldsvormutung gelten muss. Aber: Würde Kaminski fallen, wäre das mit hoher Wahrscheinlichkeit das endgültige Aus für die Rathauskoalition aus CDU und SPD, und Tiefensee käme nicht umhin, sich im Interesse eigener Stadtratsmehrheiten mit der für ihn eher ungeliebten PDS zu arrangieren. Dass dies von Teilen der SPD-Landtagsfraktion offenbar anders gesehen wird, zeigen die mehrfachen Rücktrittsforderungen ihres Vorsitzenden Thomas Jurk an Kaminski. Nun sind wir es ja gewöhnt, dass die sächsische SPD im Augenblick jeden thematischen Strohalm ergreift, um von ihrer latenten Schwäche abzulenken. Ob dieses uneinheitliche Bild seiner Partei allerdings dem Leipziger Oberbürgermeister gefällt, dürfte eher fraglich sein. Aber wer seine Parteifreunde durch das Ausschlagen der Spitzenkandidatur im Regen stehen lässt, hat wenig Chancen, in den eigenen Reihen die Disziplinierungskeule zu schwingen.

Ganz gleich, wie die aufgebrochenen Konflikte ausgehen – dem Ansehen der Stadt Leipzig und seiner Olympiabewerbung haben sie schon jetzt beträchtlichen Schaden zugefügt. Für die Staatspartei CDU, die am Machtaufbau interessiert ist und Leipzig in die Knie zwingen will, dürfte das jedoch zweitrangig sein.

• MANFRED GIEHRER

Verschleiß gehört zur SPD

In den letzten zwei Wochen ist oft genug nachgewiesen worden, dass der Führungswechsel in der SPD ein Krisensignal ist, das anzeigt, wie schwer Schröders Kurs von einer breiten Öffentlichkeit wie auch von vielen Parteimitgliedern verdaut werden kann. Er reflektiert in der Tat die prekäre Situation zwischen öffentlicher Akzeptanz und Besorgung der Geschäfte des Kapitals – das historische Dilemma der Sozialdemokratie seit etwa neunzig Jahren, das immer groteskere Züge annimmt und das sich nicht zuletzt in Personalentscheidungen niederschlägt. In den 41 Jahren von 1946 bis 1987 hatte die SPD drei Vorsitzende: Schumacher, Ollenhauer und Brandt. Das Ende der Funktionszeit war jeweils durch Tod und Alter bestimmt. In den weniger als 17 Jahren seit dem Rücktritt Brandts wird nun aber Franz Müntefering schon der siebte Vorsitzende sein! Das entspricht einer durchschnittlichen „Verweildauer“ von weniger als drei Jahren. Engholm musste gehen wegen Glaubwürdigkeitsverlust, Scharping unterlag im innerparteilichen Richtungsstreit, Lafontaine sah keine Chancen mehr für ein erfolgreiches Gegensteuern zum neoliberalen Kurs des Kanzlers, und Schröder selbst wusste nun, dass er auf Dauer nicht in der Lage sein würde, die Parteimitglieder voll auf seine Politik des Abschieds vom Sozialstaat einzuschwören. Müntefering soll ihm den Rücken freihalten.

Irgendwann aber, wenn nicht schon jetzt, wird das Personalkarussell nicht mehr über Politik-Krisen hinweghelfen können.

• GÜNTER LIPPOLD

Auf zur „Entmietung“

Es ist ja nicht der erste Bruch des Einigungsvertrages, denn sich der Deutsche Bundestag zuschulden kommen ließ. Gewisse Immobilienhaie und ihre Begünstigten muss das bei der Vereinigung verbrieftes Verbot von Verwertungskündigungen auf DDR-Mietverträge fürchterlich gestört haben. Vergangene Woche ist es gefallen. Initiiert haben den nunmehrigen Bundestagsbeschluss die CDU-Regierungen von Sachsen und Sachsen-Anhalt. In der Rosa-Grünen-Bundesregierung fanden sie willfährige Unterstützer für diese weitere soziale Grausamkeit, die sich diesmal gegen die ostdeutschen Mieter, die kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften gleichermaßen richtet.

Generell ist dieser Beschluss hervorragend geeignet, dass sich Bund und Länder aus der Förderung der Sanierung von Wohnungen gänzlich herausnehmen. Die sächsische Politik, ausschließlich den Totalabriss von Wohngebäuden zu fördern, nicht aber die Sanierung und Instandsetzung der „Zielwohnungen“ für ausziehende Mieter, wird durch Kreditverweigerung von Banken und Sparkassen noch untermauert. Deren Losung lautet inzwischen: Abriss, bis die Mieten wieder steigen. „Entmietung“ ist das Schlagwort, auf dass begehrte Grundstücke besser verwertet werden können. Gewiss auch einige in Grünau. Olympia lässt grüßen. Ein besseres Timing war kaum möglich.

• mx / S. S.

Der Ziegenledersaal im Hauptgebäude der Universität Leipzig, einst Vorzeigezimmer der Karl-Marx-Uni, hat schon unzähligen Gesprächen, Treffen, Absprachen, Bündnissen Raum geboten. Seit einem Monat ist die Leipziger Initiative für Bildung hinzu gekommen. Zu ihrem zweiten Arbeitstreffen fanden sich am Freitag, dem 13. Februar 2004, VertreterInnen aus Politik, Gewerkschaften und Initiativen auf Einladung des Streikkomitees der Universität Leipzig wieder in diesem Saale ein.

Die Motivation für diese Einladung entwickelte sich am Rande der Aktionen, Streiks und Veranstaltungen der Studierenden in den letzten Monaten. Erreicht hatte man zwar eine Politisierung innerhalb der Studentenschaft, öffentliche Aufmerksamkeit, vielleicht auch ein brei-

teres Verständnis für die Situation an den Hochschulen, aber politische Veränderung im Sinne der Studierenden war und ist nicht in Sicht.

Im Gegenteil, immer klarer wird, zu welchen Veränderungen die CDU in Sachsen noch bereit ist. Der Ministerpräsident und sein Wissenschaftsminister reden öffentlich über die Einführung von Studiengebühren an Sachsens Hochschulen und warten nur noch darauf, dass in ihrer Klage beim Bundesverfassungsgericht, unter anderem gegen die Festschreibung des Verbotes von Studiengebühren für das Erststudium im Hochschulrahmengesetz, zu ihren Gunsten entschieden wird. Die sinkenden Zuschüsse bei den Studentenwerken sind immer noch aktuell, die Stellenkürzungen an den Hochschulen wer-



Eine Frage an

Peter Porsch, den Fraktionsvorsitzenden der PDS im Sächsischen Landtag:

Wie weiter mit den Gedenkstätten?

LN: Die PDS-Fraktion hatte dem im Vorjahr von der CDU durchgebrachten Sächsischen Gedenkstättenengesetz die Zustimmung versagt. Wie richtig dieses Nein war, bestätigt nicht zuletzt, dass zu Beginn dieses Jahres sämtliche NS-Opferverbände ihre Mitarbeit in der Stiftung eingestellt haben (LN berichte): der Zentralrat der Juden in Deutschland und der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen, die Vertreter der Sinti und Roma, die Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz und der Verfolgten des Naziregimes. Ein für Sachsen unsäglicher Skandal. Wie aber geht es nun weiter?

Prof. Porsch: Am 5. Februar brachte unsere Fraktion ein Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ge-

denkstättenstiftungsgesetzes ein, mit dem wir auf die aktuellen Vorgänge in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten reagieren. Diese sind bundesweit einmalig und eine Blamage nicht nur für die CDU, sondern leider auch für Sachsen. Auf Grund der nationalen und auch internationalen Wichtigkeit dieser Vorgänge und um weiteren Schaden für den Freistaat abzuwenden, scheint uns ein rasches Handeln des Gesetzgebers geboten.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde am 15. Februar 1994 durch Kabinettsbeschluss gegründet. Ein „Gesetz zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ vom April vorigen Jahres sollte deren Arbeit auf eine gesetzliche Grundlage stel-

Rat für Finger: Finger in die Luft!

Wer glaubte, das Debakel der IG Metall im Vorjahr – beim Kampf um die 35-Stunden-Woche im Osten – habe der Gewerkschaft ein für alle Mal die Zähne gezogen, hat sich getäuscht. Wichtigstes Ergebnis der Tarifaufeinandersetzung zu Jahresbeginn: Kampfberete Belegschaften schlugen den Versuch der Unternehmerverbände zurück, deutschlandweit die 40-Stunden-Woche wieder durchzusetzen. Freilich um den Preis eines Kompromisses: Betriebe mit besonders hohem Anteil Hochqualifizierter dürfen nun bis zu 50 (statt bisher 18) Prozent der Belegschaft 40 Stunden in der Woche arbeiten lassen. Im Fall von Innovationen oder bei Fachkräftemangel – das Ausbildungsverhalten der Unternehmen schlägt zurück! – sollen Betriebe dies für einzelne Mitarbeiter und Beschäftigungsgruppen ebenfalls beantragen können.

Das Verhandlungsergebnis von Pforzheim einschließlich einer geringen Lohnerhöhung in zwei Schritten gilt als Pilotabschluss für

alle Tarifgebiete. Allein der Präsident des Verbands der sächsischen Metall- und Elektroindustrie, Bodo Finger, sieht das anders: Er blockiert für Sachsen die Annahme des Ergebnisses und riskiert einen neuen Tarifkonflikt. Er sollte des Sängers Rat befolgen: „Finger in die Luft – der Wind dreht sich!“ (Thomas Bachmann) Nicht zufällig hatte die Unternehmenseite in Pforzheim schließlich eingelenkt. Sie spürte, dass sich andernfalls der allgemeine Frust nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen sie wendet.

Der DGB, durch tausend Bande mit der SPD verstrickt, hat den Finger in die Luft gehalten. Er rief zur Teilnahme an den Demonstrationen vom 3. April „für sozial gerechte Reformen in Deutschland und Europa“ auf. Der Ortsverband Fellbach (Württemberg) forderte den Dachverband und die Einzelgewerkschaften auf, auch über „betriebliche Aktionen bis hin zum Streik“ nachzudenken. „Wir wollen europaweit Abrüstung statt Sozialabbau.“

• G. BRAUN

len. Es hat allerdings kein Jahr gedauert, und die Stiftung ist nicht mehr arbeitsfähig.

Überraschend kommt diese spektakuläre Austrittswelle jedoch keineswegs. Bereits im September, also wenige Monate nach Inkrafttreten des von der CDU eingebrachten und von der SPD befürworteten Gesetzes, wandte sich der Vizepräsident des Zentralrates der Juden und Beauftragte für die Gedenkstätten, Salomon Korn, das erste Mal mit einem Brief an den Ministerpräsidenten, um ihn auf die Unstimmigkeiten in der Stiftung aufmerksam zu machen. Zwei weitere Briefe folgten.

Auf die Frage, ob seine Kritik nicht etwas spät komme, schließlich sei das Gesetz längst vom Landtag verabschiedet, antwortete Herr Korn in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 23. Januar dieses Jahres: „Dieser Zustand herrschte schon, bevor das Gesetz in Kraft trat. Seit Jahren versuchen wir und auch andere Opferverbände, dieses zu thematisieren. Doch die Landesregierung geht auf unsere Bedenken nicht ein, reagierte nicht auf Anfragen und ignorierte unsere Gesprächsangebote.“

Talente für Leipzig 2012?

Jede Sportveranstaltung hat unterschiedliche Kategorien von Gästen. Eine besondere Spezies sind die „VIP“-Sponsoren sowie Ehrengäste, die irgendwie wichtig sind. So war es auch am letzten Wochenende in der ARENA Leipzig.

Zum II. European Indoor Cup kamen rund 2000 Zuschauer. Sie erlebten unter anderem vier Landesrekorde, eine ganze Reihe von Saison- und persönlichen Bestleistungen. Nicht ganz ungestört. Denn einige VIPs nutzen solche Veranstaltungen zu Familienausflügen. Dem wäre nichts entgegenzusetzen, wenn ... Zwei Fußballtalente wollten ihren Trainingseifer nicht unterdrücken und tobten in der ARENA. Ordnungskräfte nahmen den Ball ab. Rathaus-VIP-Papa forderte ihn energisch zurück. Nun spielten „die Talente“ zwischen den Fahrzeugen der Fernsehanstalten. Warum schleppte Papa die beiden kostenlos in eine Veranstaltung, für die sie sich gar nicht interessierten? Übrigens, der Ehemann der britischen 1500m-Läuferin Hayley Owens musste seine Eintrittskarte am Vormittag an der ARENA-Kasse kaufen.

• H. E.

Studierende schauen überm Tellerrand

den weiter durchgezogen und so fort. Klar wurde aber auch, dass nicht nur die Hochschulen, sondern der gesamte Bildungs- und Sozialbereich betroffen sind.

Soziale Ungleichheiten verschärfen sich überall. Um diese endlich aufzubrechen, bedarf es dringend politischer Veränderung, die nur, so eine Erkenntnis der Studierenden, mit einem breiten Bündnis zu erreichen sind. Die daraufhin Angesprochenen nahmen dieses Angebot an, als hätten sie schon dringend darauf gewartet. Trotz einer sehr kurzfristigen Einladung zum ersten Treffen am 30. Januar 2004 fanden sich VertreterInnen von DGB, Ver.di, Studentenwerk, Landeselternrat, der Initiative Zukunft braucht Schule, SPD, PDS und der Kon-

ferenz Sächsischer Studierendenschaften ein. Man einigte sich darauf, einen gemeinsamen Forderungskatalog an die sächsische Staatsregierung zu formulieren. Dieser Katalog soll den gesamten Bildungsbereich umfassen und besonderes Augenmerk auf soziale Aspekte legen. Außerdem entschied man sich, weitere PartnerInnen zu suchen. Hinzugekommen sind bereits die GEW, Bündnis 90/Die Grünen und der Landesschülerrat, weitere haben Interesse bekundet. Einen Namen gab man sich auch: *Leipziger Initiative für Bildung*.

Ein großes starkes Bündnis gegen Bildungs- und Sozialabbau für eine sozial gerechte Politik in Sachsen soll es werden.

• HEIKE WER-

Die PDS Leipzig und die Wahlen 2004

MARGITTA HOLLICK,
stellvertretende
Vorsitzende des
PDS-Stadtverbandes und
Stadträtin,
beantwortet LN
Fragen zum
Was und Wie.



Im Juni sind die Leipziger Ratsversammlung und die Ortschaftsräte neu zu wählen, zugleich das Europaparlament. Im September findet die Wahl des Sächsischen Landtags statt. Gewiss ein anspruchsvolles und anstrengendes Jahr. Ist der Leipziger Stadtverband der PDS dafür gerüstet?

● Der Stadtverband hat mit seinen Vorbereitungen rechtzeitig, schon im Spätsommer vorigen Jahres, begonnen. Jetzt sind wir in die akute Phase eingetreten. Wir haben den Entwurf eines Kommunalwahlprogramms unterbreitet, zu dem wir gern Vorschläge zur weiteren Vervollkommnung entgegennehmen. Die Gewinnung der Bewerber für eine Kandidatur zum Stadtrat bzw. als Mitglied eines Ortschaftsrats ist schon gut vorangekommen, und das Mitglied unseres Stadtverbandes Keith Barlow wurde ja bereits vom Bundesparteitag auf die Kandidatenliste der PDS für die Wahl des Europaparlaments gesetzt.

Schon der Titel des Kommunalwahlprogramms „Für ein soziales Leipzig – mitten in Europa“ verdeutlicht ja seine Spannweite, und das Programm macht Bezüge zur Europapolitik wie zur Bundes- und Landespolitik sichtbar. Mit welchen Akzenten?

● Die Leipziger PDS will mit dem Programm der Tatsache Rechnung tragen, dass die

Kommunalpolitik nicht nur eng mit der Bundes- und der Landespolitik verknüpft ist, sondern zunehmend auch mit der Politik der Europäischen Union. Zu erinnern ist an die bereits vor längerem erfolgte Liberalisierung des Strommarktes, an die gegenwärtig sich vollziehende Liberalisierung auf dem Gebiet des Nahverkehrs wie auch an neue Regelungen im Bereich der Sparkassen, die alle in hohem Maße die Interessen der Kommunen berühren. Die unmittelbar bevorstehende Osterweiterung der EU setzt weitere Fragen der Integration auf die Tagesordnung, auf die die Kommunen reagieren müssen. Das in unserer Stadt entstandene biotechnologische Zentrum ist ja ein schon ein Beispiel für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit von Unternehmen und Wissenschaftlern.

Und diese Prozesse vollziehen sich in einer Zeit, in der die finanziellen Einnahmen der Stadt geringer ausfallen, die Zuweisungen durch den Freistaat Sachsen abnehmen und auf die Stadt mit der Verwirklichung des Pakets IV der Hartz-Gesetze neue Belastungen bei der Unterstützung der Arbeitslosen zukommen.

Unser Wahlprogramm soll derartige Zusammenhänge verdeutlichen und Wege zeigen, wie wir auf den verschiedenen Gebieten des städtischen Le-

bens auf diese Entwicklungen reagieren müssen, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

Das Wahlprogramm ist zur Diskussion gestellt, auch über die Partei hinaus – wie geht es damit weiter?

● Der Stadtvorstand hat den Entwurf auch Vereinen, Gewerkschaften und interessierten Bürgern übermittelt mit der Absicht, ihre Gedanken einfließen zu lassen. Er stand bereits auf einer Basiskonferenz der Partei zur Diskussion. Im Februar finden noch drei thematisch orientierte öffentliche Veranstaltungen – zu sozialen Problemen unserer Stadt, zur Stadtentwicklung sowie zu kommunaler Beschäftigungspolitik und Wirtschaftsförderung – statt. Auf der Vertreterkonferenz Ende März soll das Kommunalwahlprogramm verabschiedet werden und Grundlage für die politische Arbeit im neuen Stadtrat sein. Aus dem vorliegenden Programm wird auch eine Kurzfassung erarbeitet, die wir einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen werden.

Im Alternativen Landesentwicklungskonzept der PDS Sachsen (Aleksa) ist unter den Schlüsselaufgaben von einem Modellprojekt „Soziale Stadt Leipzig“ die Rede, in der perspektivische Vorstellungen über die Zukunft der Olympia-Bewerberstadt dargelegt werden. Wie steht die Leipziger PDS dazu?

● Wir waren ständig bestrebt, uns mit Vorstellungen in strategische Planungen der Stadt einzubringen. Wir fordern ein Leitbild, das darauf gerichtet ist, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu sichern bzw. zu fördern, und das die Lösung dringender sozialer Probleme im Visier hat. Dazu zählen wir vor allem die ständig steigende Anzahl der Sozialhilfeempfänger, die andauernde hohe Arbeitslosigkeit mit einer zunehmenden Anzahl von Langzeitarbeitslosen, bedingt vor allem durch den Wegfall zahlreicher

Arbeitsplätze bei Dienstleistungen und im industriellen Gewerbe. So kann es in Leipzig keine Vorbereitung auf Olympische Spiele geben, die an der Lösung dieser Fragen vorbeigeht.

Inwieweit sind die PDS-Stadträtinnen und -Stadträte zufrieden mit ihrer Arbeit in der Ratsversammlung und mit den erreichten Ergebnissen seit 1999? Ist die Arbeit nicht auch belastet worden durch das Problem, dass es immer schwieriger wurde, Entscheidungen zu Lasten der Bürger abzuwenden oder zu entschärfen bzw. Entscheidungen zu ihrem Vorteil durchzusetzen – wobei manch Unpopuläres mitzutragen war, um überhaupt einen gewissen Einfluss ausüben zu können?

● Unsere Fraktion hat außerordentlich aktiv gearbeitet, ihre Mitglieder sind vielen Bürgerinnen und Bürgern durch zahlreiche Begegnungen bekannt. Sie haben sich als sachkundig erwiesen, waren stets bereit, für die Interessen der Bürger zu streiten. Kurzum, sie sind überall in Erscheinung treten, wo in der Stadt etwas los war und ist. Sich in der Ratsversammlung erfolgreich für die Belange der Bürger einzusetzen ist unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Tat immer schwieriger geworden. Die äußeren Zwänge begrenzen eng die Entscheidungsräume einer kommunalen Selbstverwaltung. Die Stadt kann fast nur noch ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen, die Unterstützung von Arbeitsgemeinschaften, Vereinen, Bürgerinitiativen und der gesamten ehrenamtlichen Arbeit ist kaum noch möglich, weil die Zuwendungen an die Stadt geringer wurden und die Belastungen der Kommunen größer.

Wir sind trotzdem nicht von den Grundsätzen unseres Wahlprogramms abgewichen, mit dem wir 1999 angetreten sind. Bei der jüngsten Entscheidung zum Haushaltplan haben wir eine Reihe unserer Forderungen durchsetzen können, und nur deshalb

haben wir dem problematischen Etat für 2004 zugestimmt. In der Zukunft werden die Bedingungen unserer Arbeit kaum weniger schwierig sein.

Während die SPD seit längerem ein Problem der „Vermittlung“ ihrer Politik hat, das letztlich aus deren Inhalt resultiert, haben die Leipziger PDS-Abgeordneten sicherlich keine Scheu, öffentlich Rechenschaft zu legen über ihre Arbeit in der ablaufenden Wahlperiode wie auch mit ihrem Wahlprogramm in die Öffentlichkeit zu gehen. Wie will sie mit möglichst vielen Bürgern ins Gespräch kommen?

● Eine Hauptform wird sein, dass wir unsere Politik auf Bürgerforen vor Ort vertreten und erläutern, wo alle Parteien und Wählervereinigungen die Möglichkeit haben, ihre Ziele und Vorstellungen darzulegen. Die PDS-Stadträte und zweifellos auch die neuen Kandidaten werden gern jede Einladung wahrnehmen und jede Möglichkeit zum Gespräch nutzen.

Lässt sich schon sagen, wer sich Ende März darum bewerben wird, als Kandidat der PDS für die Kommunalwahlen nominiert zu werden – auch, wer von den jetzigen Stadträten evtl. nicht wieder kandidieren wird? Die gleiche Frage stellt sich für die Kür der Leipziger Direktkandidaten zur Landtagswahl.

● Der größte Teil der jetzigen Abgeordneten, aber nicht alle, werden sich wieder zur Wahl stellen. Bis jetzt gibt es 42 Bewerber für ein PDS-Stadtratsmandat, und acht Bewerber wollen in einem unserer sechs Wahlkreise Direktkandidat unserer Partei für die Landtagswahl werden. Ich bin sicher, wir sind gut gerüstet für das Wahljahr 2004, und hoffe, dass uns viele Leipziger wieder ihr Vertrauen geben. Von Umfragen lassen wir uns nicht erschrecken und setzen voll auf solides politisches Wirken.

• Das Gespräch führte
GÜNTER LIPPOLD

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger, Lam 13. Juni 2004 finden gleichzeitig die Europawahlen und die Kommunalwahlen statt. ...

Die Leipziger PDS möchte Ihnen unter dem Motto „Für ein soziales Leipzig – mitten in Europa“ ein Diskussionsangebot unterbreiten, das der verstärkten Einbindung unserer Stadt in europäische Zusammenhänge gerecht wird. Zugleich wollen wir verdeutlichen, dass Leipzig einen wichtigen Beitrag für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa leisten kann. Die Stadt Leipzig durchlebt seit der Wende einen dynamischen und zugleich sehr widersprüchlichen Veränderungsprozess, der in die gesamtgesellschaftlichen Wandlungen in Ostdeutschland eingebettet ist. Als besonders einschneidend erwiesen sich in den 90er Jahren die massiven Bevölkerungsver-

DISKUSSIONS- ANGEBOT

**Aus der Einleitung des Entwurfs
zum PDS-Kommunalwahlprogramm**

luste durch Abwanderung und Geburtenrückgang sowie der Verlust von über 75 Prozent des Industriepotenzials und 90 Prozent der Industriearbeitsplätze.

Dem steht positiv gegenüber, dass unter schwierigen Rahmenbedingungen in den 15 Jahren seit der Wende die Renaissance des Stadtzentrums sowie die bauliche Erneuerung weiter Gebiete der Stadt gelang. In einer Reihe von Stadtteilen ist die Wegmarke zwischen einer unkontrollierten Abwärtsspirale und erfolgreicher Erneuerung allerdings noch nicht er-

reicht. Das Stadtbild Leipzigs ist nach wie vor nicht nur von zahlreichen Neubauten, erfolgreichen Unternehmenssiedlungen ... und einer wesentlich verbesserten Umweltqualität, sondern auch von einem überdimensionierten Infrastrukturnetz sowie einem hohem Wohnungs- und Büroleerstand und großflächigen Industriebrachen geprägt. ...

Entgegen den Wahlversprechen von Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee hat sich die soziale Gesamtsituation in unserer Stadt seit seinem Amtsantritt im Jahre 1998 erheblich verschlechtert. Leipzig ist inzwischen die sächsische Großstadt mit den schärfsten sozialen Gegensätzen, mit der höchsten Arbeitslosigkeit, den meisten Empfängern von Sozialhilfe und Wohngeld sowie der höchsten Anzahl von Suchtabhängigen. Die von Tiefensee maßgeblich mitgestal-

tete Politik der Agenda 2010 und die Finanzkrise der Kommunen verschärfen diese dramatische Situation weiter. Es ist weitgehend bundes- und landespolitisch verschuldet, dass sich auch Leipzig in einer sehr komplizierten finanziellen Lage befindet. Unsere Stadt hat ein strukturelles Haushaltsdefizit, dass auch durch die Haushaltskonsolidierung nicht beseitigt werden konnte. Dadurch werden die Entscheidungsspielräume der Kommunalpolitik immer enger.

Es fällt besonders ins Gewicht, dass die zunehmend von politischer Verfilzung geprägte Rathauskoalition aus SPD und CDU oftmals abgehoben sowohl von den realen Potenzialen der Stadt als auch den Alltagsproblemen der Bürgerinnen und Bürgern agiert. ... Leipzig braucht dringend einen kommunalpolitischen Wandel.

Erneut ist der beabsichtigte Umbau des Uni-Campus in die lokalen Medien geraten. Statt endlich die Umgestaltung der Mensa- und Seminargebäude zu beginnen, wird eine öffentliche Diskussion zu einem nicht abgeschlossenen Wettbewerb geführt. Es dürfte eine Ausnahme in der Geschichte von Architekturwettbewerben sein, dass ein Preisgericht dermaßen einseitig von außen genötigt, zumindest aber beeinflusst wird.

IM VERGANGENEN JAHR hatten sich nach öffentlichen Debatten die Universität als eigentlicher Bauherr, der Stadtrat als das für das Planungsrecht zuständige Gremium, ebenso wie Wissenschaftler der Theologischen Fakultät und die evangelische Kirche in entsprechenden Beschlüssen klar gegen einen Wiederaufbau der Universitätskirche und für eine multifunktional nutzbare sowie an die Geschichte erinnernde Aula ausgesprochen. Trotzdem hat der Freistaat als Fördermittelgeber, einer kleinen Lobby gehorchend, über den bewusst schwammigen Begriff einer „Kirchen-Aula“ den Konsens und Planungsstand ausgehebelt. Der neue Teilwettbewerb sollte sich auf die Gebäudeteile am Augustusplatz mit dem Schwergewicht einer Qualifizierung der Fassade und städtebaulichen Einordnung der Aula konzentrieren.

DIE VERBISSENHEIT IN DEN DISKUSSIONEN und zunehmenden

Gebot der Zeit: Behutsame Erneuerung des Uni-Campus statt intriganter Politik

Warum intakte Gebäude abreißen?

den Intrigen bzw. Kungeleien einer „Altherrenriege“ mit der Staatsregierung macht betroffen. Sieht man sich den im Wettbewerb ausgeschiedenen und zuerst in die Presse lancierten Entwurf von Hans Kollhoff aus Berlin näher an, stellt man Beliebbarkeit fest. Es ist kein schlüssiges städtebauliches und funktionales Konzept zu erkennen. Was soll ein 25-geschossiges Hochhaus auf der Fläche des ehemaligen Cafés Felsche? Soll das Kroch-Hochhaus in der Nachbarschaft völlig degradiert werden? Das allerdings geschähe auch mit der „Uni-Kirche“, deren Proportionen im Verhältnis zur Umgebung mehr einer Friedhofskapelle entsprächen.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Mitglieder des Paulinervereins „altem Denken“ verhaftet sind und es nur um die Beseitigung sozialistischer Architektur um jeden Preis geht. Was unterscheidet sie da von jenen, die früher unbedingt die Unikirche weg haben wollten? Wobei sich seinerzeit der Bau des Unikomplexes sehr wohl an den internationalen Trends der 60-er und 70-er Jahre orientierte. Auch im Westen wurden Kirchen abgebrochen, um, wie in Kiel, attraktive Plätze oder Straßen zu schaffen.

DIE NUN FAVORISIERTEN VIER ENTWÜRFE zeigen deutlich die Grenzen des Wettbewerbes. Man fragt sich, warum

das vorhandene Ensemble eigentlich vollständig umgestaltet werden muss. So fällt dem verdienstvollen Star-Architekten Kulka auch nur eine durchgehende Lochfassade ein, wie sie das Büro von Prof. Henselmann bereits 1968 in seinem ersten Entwurf vorgeschlagen hatte. Nur hatte der damalige Entwurf

ten. Deshalb entsprechen vor allem die Haustechnik sowie die technischen Anlagen für Lehre und Forschung längst nicht mehr dem heutigen Stand und müssen dringend erneuert werden. Dies ist nicht ohne Eingriffe in vorhandene Gebäudestrukturen möglich.

DA BAUWERKE MEIST FÜR

Verhältnisse ungewöhnlich – anstelle einer Campus-Universität am Stadtrand ein Zentrums-Komplex, der Tausenden Mitarbeitern und Studenten moderne Arbeits- und Lehrmöglichkeiten bot.

FÜR MICH ALS MANN VOM BAU ist der Abriss jedes Gebäudes, das noch nicht verschlissen sowie nutz- bzw. nachnutzbar ist, barbarisch, weil es nicht nur um Kultur-, sondern auch um die Vernichtung vergegenständlichter menschlicher Arbeit geht. So war und ist für mich der Ansatz derjenigen für einen Campus-Umbau absolut überzeugend und ein Gebot der Vernunft, die durch eine möglichst umfangreiche Nachnutzung vorhandener Strukturen jene finanziellen Spielräume erhalten, um dann sogar architektonisch ansprechend einiges neu zu bauen – bei eingehaltenem Kostenrahmen. Abgesehen davon, dass bereits Millionenbeträge in vorhandene Gebäudeteile, auch in das Hauptgebäude, investiert wurden.

Angesichts knapper öffentlicher Kassen, ist es zu verstehen, dass man außerhalb Leipzigs die Entwicklung um die Uni aufmerksam verfolgt. Immerhin geht es um dreistellige Millio-nenbeträge! Manchen Kommunen stehen nicht einmal einstellige für dringende Investitionsmaßnahmen zur Verfügung.

• **SIEGFRIED SCHLEGEL**

Denunziantenstadt

In die strategischen Ziele, der vom Westimport Prof. Kurt-Ullrich Mayer angeführten Leipziger „Opus Dei-Fraktion“ ordnet sich auch die jüngste Attacke von Dr. Jutta Schrödl vom Paulinerverein ein. Die Biografie des CDU-Neumitgliedes – vorgesehen als Kandidatin zu den Kommunalwahlen – demonstriert die Blauäugigkeit und Verlogenheit der CDU im Umgang mit der Vergangenheit. Während sie auf der einen Seite unermüdlich gegen vermeintliche „Altkader“ wie ihren CDU-Kollegen Kaminski und andere „Altlasten“ ankämpft, wird nunmehr ausgerechnet eine ehemalige Philosophin der Karl-Marx-Universität Leipzig – die aktives SED-Mitglied war und 1986 eine „nicht für den Austausch“ bestimmte Dissertation über die „bürgerliche Wissenschaftstheorie“ verfasst hat – zur Kronzeugin für die Paulinerkirche und zur schwarzen Wahlkämpferin. So viel schwarze Heuchelei hat Leipzig nicht verdient!

• **VOLKER KÜLOW**

in Anlehnung an Leipziger Architekturtradition ein zurückgesetztes Dachgeschoss, wie auch das jetzige Hauptgebäude. Der Entwurf des Holländers Erick von Egeraat ist ebenso interessant wie problematisch, denn die Wucht der Fassade würde die anderen Gebäude am Augustusplatz dominieren. Die Entwicklung ist im Universitätsbau in den letzten Jahrzehnten schnell vorangeschrit-

JAHREZEHENTE ERRICHTET WERDEN, sollten sich Architekten und Bauleute nicht politischen Zwänge unterwerfen. Deshalb ging es 1968 bei der Neugestaltung des Unikomplexes bewusst nicht um die historisch genaue Wiederherstellung des alten Unikomplexes mit begrenzter Zahl von Hörsälen und Seminarräumen für einige Hundert Studenten und Wissenschaftler. Gebaut wurde – für damalige

Am 13. Juni diesen Jahres werden die Leipzigerinnen und Leipziger für die kommenden fünf Jahre einen neuen Stadtrat wählen. Ein halbes Jahr vor dem Wahltermin ist es wieder die Zeit, in der Stimmungsbarometer und Umfrageergebnisse besonders an Bedeutung gewinnen. LN befragte dazu den Vorsitzenden der Leipziger PDS-Fraktion, DR. LOTHAR TIPPACH, und die Fraktionsassistentin DR. CHRISTINA MERTHA:

Am 13./14. Dezember 2003 veröffentlichte die LVZ Umfrageergebnisse des Leipziger Institutes für Marktforschung (IfM) zum Wahlverhalten der Leipziger Bürgerinnen und Bürger. Entgegen bundesweiten Trends und Stimmungen würde die SPD 45% der Stimmen erreichen, die CDU läge mit 29% in der Nähe ihres 99er Wahlergebnisses, die PDS allerdings würde erheblich einbüßen und auf 11% abrutschen.

Diese Ergebnisse wurden mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, lösten in der PDS Diskussionen, Unverständnis, auch Erschrockenheit aus. Die Umfrage wurde per Telefon durchgeführt. 802 Leipziger wurden befragt, 547 Personen beantworteten die Frage. Laut LVZ-Artikel ist die Stichprobe repräsentativ für die Leipziger Bevölkerung. Diese Aussagen kann man als Leser nur zur Kenntnis nehmen, sollte sie aber vor dem Hintergrund der Spezifik von Telefonumfragen sehen: Im Vergleich der Erhe-

Wahlen entscheiden!

bungsmethoden gibt es Aussagen in der Fachliteratur, dass die Antwortbereitschaft u. a. auch themenbezogen beeinflusst wird. Bei sogenannten „sensiblen“ oder „heiklen“ Themen ist die Antwortbereitschaft bei postalischen Befragungen am größten und bei Telefonumfragen am geringsten. Also bei Fragen z. B. nach abweichendem Verhalten (Drogenkonsum, Straftaten), nach Einkommens- und Vermögensverhältnissen, nach dem Sexualverhalten, nach politischen Einstellungen ist die Quote der „Verweigerer“ in Telefonumfragen deutlich höher. Telefoninterviews werden hierbei als weniger ergiebig bewertet. Und die Parteipräferenz zählt wohl zumindest zu den „mittel-sensiblen“ Fragen. Jeder kann sich selbst beantworten, inwieweit er bereit ist, am Telefon einem unbekanntem Gesprächspartner, der sich ja nicht einmal ausweisen kann, der aber meinen Namen und meine Adresse kennt, Wahlabsichten zu offenbaren.

Inzwischen liegen die Umfrageergebnisse des Amtes für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig aus der kommunalen Bürgerumfrage 2003 vor. Diese Ergebnisse entstanden unter Einbeziehung von 4706 Befragten etwa zeitgleich mit jenen der Marktforschung, unterscheiden sich von ihnen aber nicht unerheblich. Statistik und Wahlen zu Folge würde die SPD 30% der Stimmen erhalten, die CDU 29% und die PDS 19%. Rückblickend auf Wahl- und Umfrageergebnisse ergibt sich folgendes Bild (An-



gaben in Prozent):

Parteien	Bürgerumfrage 1998	Stadtratswahl 1999	Bürgerumfrage 2001	Bundestagswahl 2002	Bürgerumfrage 2003	Umfrage IfM 2003
CDU	18	32	26	23,9	29	29
SPD	36	26,2	28	40,2	30	45
PDS	23	25,7	23	17,7	19	11
Grüne	13	7,5	9	7,8	10	8
Andere	7	6,9	12	6,8	12	4

Quellen: Amt für Statistik und Wahlen der Stadt Leipzig, LVZ vom 13./14. 12.2003)

Auch wenn die 11% der Marktforschung vom Dezember 2003 kaum repräsentativ erscheinen und das Amt für Statistik und Wahlen in der Vergangenheit immer recht zuverlässige Ergebnisse aufweisen konnte, bleibt doch der Trend für die PDS nicht ganz unproblematisch. Zu fragen ist z. B., ob ein Abwärtstrend begründet ist. Wenn das Ergebnis der Bundestagswahl 2002

einbezogen wird, kann es auch sein, dass eine Stabilisierung vorhanden ist. Solche Umfragen sollten natürlich ernst genommen, aber auch nicht überbewertet werden. Sie widerspiegeln ein aktuelles Stimmungsbild zum Zeitpunkt Herbst 2003. Dennoch liefern sie noch keine zuverlässige Prognose für die Wahlergebnisse, denn dafür ist der Zeitraum bis zum Juni 2004 zu lang. Mit Sicherheit spielen die äußerst eingeschränkte Präsenz der PDS im Bundestag, Streitereien und Negativschlagzeilen ebenso eine Rolle wie die Person des Oberbürgermeisters für die SPD. Umfrageergebnisse sind jedoch nicht geeignet, innerparteiliche Schlachten zu schlagen Für die PDS heißt es, sich inhaltlich und vor-

allem personell gut vorzubereiten sowie einen sachlichen und fairen Wahlkampf zu führen. Den Wählerinnen und Wählern müssen inhaltliche und personelle Alternativen zur Rathauspolitik der großen Koalition angeboten werden. Wichtig ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Wahlrecht wahrnehmen und sich am 13. Juni an den Europa-, Kommunal- und, in neuen Ortsteilen, an den Ortschaftsratswahlen beteiligen. Bürgerwillen wird nur über abgegebene Stimmen wirksam. Die Wahlen werden am Wahltag entschieden.

In der DDR durfte vieles nicht gesagt werden. Aber das Nichtgesagte wurde prompt von allen zur Kenntnis genommen. In der BRD darf alles gesagt werden, aber das Gesagte wird eigentlich von niemandem zur Kenntnis genommen.
Daniela Dahn

Über Meinungsfreiheit und einseitige Geschichtsbetrachtung

Ein aktueller Blick in das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig

Wer schreit, hat unrecht, sagt der Volksmund. Der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig (ZGF), Dr. Rainer Eckert (SPD), schreit oder wird zumindest laut. Es wäre eine Unverschämtheit, gerade in diesem Hause zu behaupten, dass in Deutschland Meinungsfreiheit, „dieses hohe Gut“, unterdrückt wird. Anlass für seinen Gefühlsausbruch ist die Erklärung einer Studentin, ihre Erfahrungen bei den Studentenprotesten gegen die Hochschulpolitik von Bundes- und sächsischer Landesregierung hätten gezeigt, dass es Unterdrückung und Verschweigen von Meinungsäußerungen gäbe ...

Kaum 60 Zuhörer hatten sich am 28. Januar zum Podiumsgespräch über das Thema: „Das Bild vom Andersdenkenden. Wem gehört Rosa Luxemburg?“ im großen Saal des ZGF eingefunden. Es handelte sich um eine Veranstaltung aus der Reihe „Geschichte im Ost-West-Dialog“, die regelmäßig gemeinsam vom Deutschlandradio, der Leipziger Volkszeitung und dem ZGF organisiert wird. Themenauswahl und Regie liegen in der Verantwortung des Senders, der das Gespräch auf dem Podium live überträgt und auch die Honorare zahlt.

Die Moderatorin (West) ist routiniert. Ihre Fragen sind teilweise lustig. „Warum wurde Rosa Luxemburg in der DDR unterdrückt?“ fragt sie die Historikerin Annelies Laschitzka (Ost), die nachsichtig lächelt.

Der zweite Podiumsgast, der Filmemacher Klaus Gietinger (West), gibt Einblick in seine neuesten Recherchen. Im Januar 1919 wurde der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Noske vor der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht telefonisch über die beabsichtigte Bluttat informiert und billigte sie. Im übrigen habe sich die SPD Rosa Luxemburgs in der Auseinandersetzung mit der DDR gezielt bedient. Heute gäbe es kein Interesse mehr an ihr und auch das von vielen angestrebte Denkmal für sie, immerhin auch Mitbegründerin der KPD, wird es nicht geben.

In der Diskussion treten Fragen nach der Rolle der Sozialdemokratie auf. Hat ihre Politik nicht auch das Aufkommen des Faschismus begünstigt? Verrät nicht auch heute die sozialdemokratische Bundesregierung mit ihrem unsozialen Reformkurs die Interessen der arbeitenden Menschen?



Podiumsdiskussionen aus der Reihe „Ost-West-Dialog“ sind nur ein kleiner Teil der vielfältigen Veranstaltungen, die das Zeitgeschichtliche Forum durchführt. Im Jahre 2003 fanden insgesamt 57 statt. Davon beschäftigten sich etwa 30 unmittelbar mit der Geschichte der DDR. Das waren neben den Diskussionsforen vor allem Filmvorführungen mit anschließender Aussprache und Buchlesungen. Als Themen dominierten der sogenannte Unterdrückungsapparat, die „SED-Diktatur“ und der „Widerstand“.

Diese einseitige Beschäftigung mit der DDR wird auch in der Dauerausstellung „Geschichte von Widerstand und Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR vor dem Hintergrund der deutschen Teilung“ sichtbar, die das Museum seit Jahren zeigt. Das in dieser Schau fabrizierte Bild von der DDR ist nicht nur einseitig, sondern auch verzerrt.

Dr. Wurl, Politikwissenschaftler und Historiker, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, hatte bereits am 4. April 2000 im ND eine Rezension über die Dauerausstellung geschrieben. Darin kritisiert er, dass sie die DDR primär unter dem Aspekt des politischen Systems, der Herrschaftsstrukturen und

Machtpraktiken ausmalt und sie dadurch zu einem Reich der Illegitimität und der Tristesse stilisiert. Die Präsentation der DDR erfolge in Dämmerlicht und dunklem Grau, und alle Phänomene des Landes werden unter dem Leitgedanken der unerbittlichen und pausenlosen Repression behandelt. Der Antifaschismus wird als „staatlich verordnet“ diskriminiert und die Rolle einiger Nazi in der DDR aufgebauscht. Die BRD erstrahlt dagegen in hellem Licht, ihre vielfältigen Wechselwirkungen mit der DDR verschwinden im Hintergrund.

„Wer die DDR mehr oder weniger bewusst erlebt hat, wird an vieles erinnert, in Freud und Leid. Doch finden wird er in dieser Ausstellung nicht die DDR, in der er gelebt hat“, schreibt er.

Hinzuzufügen wäre, dass die Schau insbesondere auf junge Menschen zielt, die die DDR nicht mehr bewusst erlebt haben. 2003 wurden durch das Aufsichtspersonal 90 000 Interessierte gezählt. 17 Prozent davon kamen mit Schulklassen und in anderen Besuchergruppen. Man kann nur hoffen, dass die Schüler ihre Lehrer und Eltern fragen, wie sie denn in dieser „Finsternis“ leben konnten. Dabei ist die Hoffnung auf die Lehrer schon wieder trügerisch. Der Lehrer ist zwar verpflichtet, gegenüber seinen Schülern ehrlich zu sein, aber sein Problem ist es, wie diese mit seinem Hang zur Wahrfähigkeit umgehen, denn über ihm schwebt das Damoklesschwert der Loyalitätsverpflichtung zum Staat. Die Abstrafung von Lehrern wegen ihrer Äußerung zum berüchtigten 11. September und ähnliche Fälle haben ernüchert.

Das ZGF ist eine öffentliche Einrichtung, die ähnlich der Bundeszentrale für politische Bildung und ihren Landeszentralen eine Ka-

nalisierung und Manipulierung der Meinungsbildung betreibt. Es wurde im Oktober 1999 in Leipzig als zweiter Standort der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik“ eröffnet und hat den erklärten Auftrag, insbesondere die Geschichte der DDR darzustellen und Kenntnisse darüber zu vermitteln.

Das Museum besitzt gegenüber allen anderen Museen zwei gewaltige Vorteile. Erstens fließen aus dem Bundeshaushalt reichliche finanzielle Mittel. Sie betragen für das Zeitgeschichtliche Forum mit seinen 28 Mitarbeitern (!) im Jahre 2002 4,9 Millionen Euro. Allein die Miete für das in zentral gelegene Gebäude (Zentral-Messepalast) beträgt monatlich 60 000 Euro. Zweitens ist der Eintritt frei. Dadurch werden hohe Besucherzahlen erreicht, die wiederum als Argument für die „Attraktivität“ des Museums dienen. Neben der Dauerausstellung werden regelmäßig Wechselausstellungen organisiert, wie die Schau „Duell im Dunkel“ über Spionage im geteilten Deutschland. Auch dort wurde versucht, den Leuten einzureden, sie hätten unter einem „Regime“ in Unrecht, Terror, Unfreiheit und Angst gelebt.

Es ist allgemein bekannt, dass nur wenige die DDR so wiederhaben wollen, wie sie war. Aber es gibt viele Menschen, vor allem ältere, die sich tatsächlich wie auf einer langen Reise durch den Westen fühlen, von der es keine Rückkehr nach Hause mehr gibt. Aufgrund der Erlebnisse des realen Kapitalismus erfüllt manchen ein nostalgischer Schmerz, wenn er an seine früheren Lebensverhältnisse zurückdenkt, und er vergisst negative Erlebnisse und die Einschüchterungsversuche des Staates in vielen Bereichen.

Heute erfolgt die Einschüchterung der Menschen durch den Druck des wachsenden Arbeitslosenheeres. Wer von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch macht, riskiert Rausschmiss oder Reglementierung. Die Studentin in der eingangs genannten Veranstaltung hat ihre Erfahrungen, wie manch anderer, dessen Glaube an Meinungsfreiheit, etwa bei Protesten gegen Naziaufmärsche, durch Polizeiknüppel oder -stiefel ein jähes Ende fand. Es macht auch heute einen Unterschied, ob man zu den Sodenkenden oder Andersdenkenden gehört.

• MANFRED BOLS

PDS im Bundestag

Dr. Gesine Löttsch, MdB sprach zur Raumfahrtspolitik und der Entwicklung der Forschungsstandorte im Osten. Sie sagte u. a.:

Im Film „Good by Lenin“ übernimmt der Fliegerkosmonaut Sigmund Jähn die Führung der DDR und bereitet die Menschen behutsam auf die Vereinigung beider Länder vor. Das war nicht nur witzig, das war auch klug. Sigmund Jähn und die Raumfahrt spielten in der DDR eine besondere Rolle. Abgesehen von dem Medienrummel, den heute nur noch Popstars wie Janette Biedermann erfahren, waren doch viele Menschen stolz, dass die DDR es geschafft hatte, auf einem Hochtechnologiefeld wie der Raumfahrt Spitzenleistungen zu erbringen. Die Multi-spektralkamera MKF 6 ... galt seinerzeit als „bestes Welt-

Forschungsstandort Ost braucht mehr als Lippenbekenntnisse

raumauge“. Mehr als hundert Geräte in den Kontrollzentren am Boden sowie Technik für Satelliten und Werraketen waren „Made in GDR“. Ich rede darüber so ausführlich, weil es eine Hochtechnologieentwicklung auf dem Gebiet der Raumfahrt in der DDR gab, die jetzt fast vom Aussterben bedroht ist. In Ihrem Antrag (gemeint ist Ministerin Bulmahn – LN) schreiben Sie, dass Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Raumfahrtindustrie insbesondere in Ostdeutschland verbessern wollen ...

Wir beobachten mit großer Sorge, dass immer mehr Spitzenwissenschaftler aus dem Osten nach Bayern abgeworben werden und die Forschungsstandorte im Osten langsam austrocknen. Wir haben die absurde Situation, dass über den Solidaripakt viel Geld in die neuen Länder fließt, gleichzeitig aber immer mehr kreative Menschen in die alten Länder abwandern. Ich kann nur davor warnen, die

Wissenschaftspolitik dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Dass Bayern in der Raumfahrtforschung und -industrie so gut da steht, ist kein Ergebnis des Wettbewerbs der Länder, sondern massiver politischer Einflussnahme. Im Berliner Institut der DLR arbeiten noch 350 Menschen, Tendenz fallend und in Oberpfaffenhofen sind es 1500, Tendenz steigend. Bis Ende 1996 gab es noch eine Außenstelle in Berlin-Adlershof mit 35 Mitarbeitern, die sich mit kosmischer Plasmaphysik beschäftigten. Es sollte mal ein eigenes Institut werden, daraus wurde auch nichts. Sehr geehrte Frau Bundesministerin Bulmahn, die PDS sagt ja zur friedlichen Nutzung der Raumfahrt und sieht dringenden Handlungsbedarf in der Stärkung der Forschung in den neuen Ländern, reden Sie nicht nur darüber, sondern tun Sie etwas, ansonsten verlieren wir im Osten die Raumfahrt als Forschungsgebiet.



Wettbewerb um niedrigsten Lohn?

Der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen hat den Präsidenten des Münchner ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, wegen seiner „vollkommen weltfremden Vorschläge zur Tarifpolitik“ scharf angegriffen. „Wieder einmal zeigt sich, dass die derzeitige Spitzengilde deutscher Wirtschaftsforscher lediglich am grünen Tisch ihre Forschung betreibt und keinen Bezug zur Realität hat.“ Sollte der Vorschlag von Hans-Werner Sinn nach Anhebung der Löhne um die Inflationsrate aufgegriffen werden, dann würde es 30 Jahre dauern, um das polnische Lohnniveau zu erreichen – falls die Löhne in Polen um durchschnittlich 5 Prozent steigen. „Die Gilde der sogenannten Wirtschaftsweisen sollte sich lieber mit praktikablen Vorschlägen zu Wort melden. Den Wettbewerb um die niedrigsten Löhne in Europa werden wir nicht gewinnen. Deutschland und insbesondere die neuen Bundesländer müssen mit den besten Facharbeitern und Wissenschaftlern punkten, die auch gut bezahlt werden.“ Lucassen bezweifelte, dass das ifo-Institut die richtige Adresse für kompetente Wirtschaftsforschung ist. Sachsens Regierung sollte sich eine problemnähere Wirtschaftsberatung aus den Beitrittsländern suchen, statt den Vorschlägen aus München zu folgen.

Geheimpläne zur Gebietsreform

PDS verlangt von Innenminister Rasch Offenlegung

LN. Filz und Führungslosigkeit im Innenministerium haben zum völligen Desaster bei der Verwaltungsreform geführt, die Ministerpräsident Georg Milbradt in seiner Regierungserklärung als ein zentrales Vorhaben hervorgehoben hat. Dr. Michael Friedrich, kommunalpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, nannte Beispiele des Versagens:

- Der Innenminister will im Widerspruch zur demografischer Entwicklung und zur Notwendigkeit direkter demokratischer Kontrolle am intransparenten dreistufigen Verwaltungsaufbau festhalten. Statt Regierungspräsidien und weitere Behörden mittelfristig auslaufen zu lassen

Heuersdorf

Allgemeinwohl überwiegt

LN. Der Regionale Planungsverband Westsachsen sieht nach Abwägung aller Gutachten zureichende Gemeinwohl-Gründe für die Umsiedlung von Heuersdorf. MdL Michael Friedrich (PDS) weist als Verbandsrat darauf hin, dass die Liberalisierung des Strommarktes und die Möglichkeit des CO₂-Emissionsrechtshandels diese Gründe verstärkt haben. Die dilettantische Gesetzgebungsarbeit von Staatsregierung und CDU-Fraktion sei bislang auf dem Rücken der Heuersdorfer ausgetragen worden. Jetzt bestehe die Gefahr, dass sie auch auf dem Rücken der MIBRAG und ihrer rund 2000 Arbeitsplätze ausgetragen wird. Mehr als die Hälfte der Einwohner von Heuersdorf haben sich längst eine neue Heimat gesucht. Eine Sachverständigenanhörung habe gezeigt, dass die Zeit für gutgemeinte, aber nicht zum Ziel führende Kompromisse abgelaufen sei.

und deren Aufgaben den Kommunen und Planungsverbänden zu übertragen, sollen die Regierungspräsidien durch die geplante Eingliederung der staatlichen Umweltfachämter und der Gewerbeaufsichtsamter weiter aufgebläht werden.

- Anzahl und Zuschnitt der zehn Arbeitsagenturbezirke weichen deutlich von den Grenzen der 22 Landkreise und sieben kreisfreien Städte ab. Spätestens wenn die Kommunen noch in diesem Jahr die Betreuung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger nach Hartz IV übernehmen, „wird Sachsens Landkarte aussehen wie ein mittelalterlicher kleinstaatlicher Flickenteppich“.
- Nach Auffassung von Finanz-

minister Dr. Metz soll es künftig nur noch fünf bis sechs Mega-Sparkassen in Sachsen geben. Dies gehe am Sparkassen-Volksbegehren vorbei. Ebenso wird das Parlament durch eine Verordnung umgangen, mit der der Innenminister die Anzahl der Rettungsleitstellen auf nur noch fünf bis sieben drastisch reduzieren will.

- Die Ministerien versuchen, an der Öffentlichkeit vorbei vollendete Tatsachen für künftig nur noch fünf bis sieben große Verwaltungsräume zu schaffen. Nach Gutsherrenart werde damit, so MdL Friedrich, einer erneuten Kreisgebietsreform vorgegriffen und das Parlament brüskiert.

CDU-Entwurf grundgesetzwidrig

LN. Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass Ländergesetze zur nachträglichen Sicherungsverwahrung von Straftätern grundgesetzwidrig seien, forderten die PDS-Landtagsabgeordneten Klaus Bartl und Steffen Tippach, das entsprechende Gesetzgebungsverfahren in Sachsen zu stoppen. Die CDU-Fraktion hatte ihren Gesetzentwurf im November 2001 in den Landtag eingebracht.

Mehr Chancen für Volksgesetzgebung

LN. Dem Vorwurf von Justizminister de Maizière, der PDS-Vorschlag zur Erleichterung für Volksbegehren sei „husch, husch“ auf die Tagesordnung gesetzt worden, begegnete Fraktionsvorsitzender Porsch mit dem Hinweis auf eine Initiative bereits im Frühjahr 2003. Nach dem Bevölkerungsrückgang liege die Zahl der notwendigen Unterschriften für ein erfolgreiches Quorum nun bei 13 statt 10 Prozent der Wähler.

Heilbäder nicht mehr ausgelastet

LN. Heilbäder und Kurorte in Sachsen – wie auch in Thüringen – melden sinkende Gästezahlen. Die Bettenbelegung beträgt oft nur noch 70 bis 80 Prozent. Teilweise gibt es Personalentlassungen. Das Thermalbad Wiesenbad im Erzgebirge meldet für 2003 sogar einen Rückgang der Belegung auf 50 Prozent. Verantwortlich für diesen Trend ist nach Ansicht von Experten der Sparkurs im Gesund-

heitswesen. Besonders bei der Anerkennung von Mutter-Kind-Kuren gebe es Probleme. Der Geschäftsführer der Sächsischen Staatsbäder, Kirchner, stellte fest: „Der klassische Kurgast stirbt aus. Die Rentner sind am meisten verunsichert...“ Stationäre Kuren würden von den Kassen immer häufiger mit dem Hinweis abgelehnt, die ambulanten Möglichkeiten seien noch nicht ausgeschöpft.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Januar

Bessere Lage als im Vorjahr?



Ende Januar lag die Erwerbslosenzahl im Leipziger Raum bei über 75 000 und war damit – jahreszeitlich bedingt – um rund 4000 höher als Ende Dezember. Bemerkenswert ist aber die Verringerung des Standes gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um immerhin 2500. Doch schon der Kommentar aus der Agentur relativiert den positiv erscheinenden Trend: Das sei nur eine leichte Erholung, noch keinesfalls ein Aufschwung. Zu beachten ist, dass die Streichung von etwa 800 Arbeitslosen aus der Statistik (in ganz Sachsen sind es rund 5000) das Bild beschönigt. Der übrige Rückgang resultiert zum Teil aus der Bildung von Ich-AG und anderen Maßnahmen nach Hartz. In Leipzig ist sowohl der Bestand als auch der Zugang an freien Stellen weiter rückläufig – nicht nur im Vergleich zu den vergangenen Monaten, sondern auch zum Vorjahr (Stellenzugang Januar 2003: 1922, Januar 2004: 1475). Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen erhöhte sich seit Dezember um 950 und liegt jetzt mit 31 419 bei 41,8 Prozent aller Arbeitslosen.

In Sachsen insgesamt stieg die Anzahl der Arbeitslosen im Januar deutlich steiler an: um rund 30 500 auf 415 000. Auch hier ging das Angebot an freien Stellen zurück. Im Vergleich zum Januar 2003 sank die Anzahl der Erwerbslosen um rund 22 000 – neben der genannten Erfassungsbereinigung fielen 7666 Ich-AG und 2378 durch Personal-Service Agenturen Betreute ins Gewicht. Eine gewisse Entlastung der Statistik, aber keine wirkliche Entspannung. • GÜNTER LIPPOLD

3. Februar

Dresden. Nach dem umstrittenen Beschluss über die Reduzierung der Anzahl sächsischer Polizeidirektionen von 13 auf 7 verabschiedet die Landesregierung das entsprechende Personalkonzept. Die Polizeigewerkschaft kritisierte den Umbau als willkürlich.

4. Februar

Dresden. Der Landesvorstand der CDU schlägt Ministerpräsident Milbradt für den Spitzenplatz der Liste zur Landtagswahl vor. Auf den Plätzen folgen Landtagsfraktionschef Hähle, Ministerin Orosz und Landtagspräsident Ilten.

Eilenburg. Mit der Eröffnung der neu erbauten Bundesstraße 87 als Umgehungsstraße wird der innerstädtische Verkehr spürbar entlastet.

Dresden. Ein durch Fahrlässigkeit bei Bauarbeiten entstandenes Feuer auf dem Dach zwingt zur zeitweiligen Sperrung und Evakuierung des Hauptbahnhofs. 30 Züge verspätet sich, 6 fallen aus.

5. Februar

Dresden. Die Landtagsmehrheit der

SACHSEN-CHRONIK

3. bis 16. Februar

CDU billigt eine Änderung des Psychriestgesetzes, wonach den Insassen psychiatrischer Einrichtungen künftig der genetische Fingerabdruck abgenommen werden darf. PDS und SPD melden persönlichkeitsrechtliche Bedenken an.

Dresden. Die CDU Sachsen beurlaubt ihren Leipziger Kreisgeschäftsführer Hasso Schmidt wegen der Verwicklung in unsaubere Spendenaktionen.

6. Februar

Kamenz. Obwohl Sachsen 2003 nur 1,5 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aufweist, ermittelt das Statistische Landesamt den Freistaat als bestes Bundesland. Der Bundesdurchschnitt liegt bei einem Rückgang von 0,1 Prozent.

7. Februar

Kirschau. Bei einer Kabinettsklausur ent-

wickelt Ministerpräsident Milbradt langfristige Zukunftsstrategien, die von einer weiter sinkenden Bevölkerungszahl Sachsens und geringeren finanziellen Transfers ausgehen.

Dresden. Der in den USA lebende Nobelpreissträger Günter Blobel droht, sich aus seinem Engagement für Dresden zurückzuziehen, falls das umstrittene Projekt der Waldschlösschenbrücke realisiert wird. Kritiker meinen, sie würde die einzigartige Stadtlanschaft zerstören.

9. Februar

Görlitz. Die Polizei nimmt 18 Mitglieder einer internationalen Bande von Geldwäschern fest, die einen Schaden von 1,37 Millionen Euro verursachten, und beschlagnahmt zahlreiche Beweismittel.

Dresden / Görlitz / Bautzen. Angestellte

der Commerzbank protestieren öffentlich, einem Aufruf der Gewerkschaft Ver.di folgend, gegen die Kündigung ihrer Betriebsrenten.

10. Februar

Leipzig. Sachsens CDU-Generalsekretär Winkler verlangt von Leipzigs Oberbürgermeister Tiefensee die Suspendierung von Stadtkämmerer Kaminski wegen undurchsichtiger Wahlkampffinanzierung im Jahre 1998. Kaminski weist tags darauf die Vorwürfe eidesstattlich zurück.

11. Februar

Machern. Beamte des Landeskriminalamtes heben ein Versandhaus für verfassungswidrige Symbole und CDs rechtsextremistischen Inhalts aus.

12. Februar

Dresden. Nach dem baden-württembergischen Pilotabschluss für die Tarife in der Metallbranche weigert sich der sächsische Metallarbeitgeberverband, die Vereinbarung zu übernehmen.

15. Februar

Leipzig. Der Bau der ersten Station des künftigen Citytunnels beginnt.

Roland Wötzel ist Rechtsanwalt. Er weiß, wovon er spricht, und möchte ganz bestimmte Erfahrungen auch publik machen. So kommt er bei unserem Gespräch sofort auf den Punkt: „Das *Strasbourg-er Urteil zu Gunsten der zwangseingetragenen Bodenreform-Erben war eine Ohrfeige für die Rechtsordnung in Deutschland.*“ Will sagen, die deutsche Rechtsprechung hat hier völlig versagt – über sämtliche Instanzen. Statt mahndend wenigstens einen Finger zu heben, hat sie sich zum willigen Vollstrecker einer Gesetzgebung gemacht, deren konsequentes Ziel darin bestand, die DDR abzuwickeln, sogar das kleine private Eigentum ihrer Bürger, wie der Umgang mit den Neubauernerven zeigte. Von den Behörden, der Exekutive, gar nicht zu reden, die die Bescheide zur Abwicklung der demokratischen Bodenreform verschickte und drohte, wer der sogenannten Auffassung nicht zustimme, müsse vor Gericht. Kein Wunder, dass die 70 000 Betroffenen brav zum Notar traten und ihre Enteignung unterschrieben. Die Notarkosten übernahm großzügig der Staat – wie auch das teure Land. Was für ein Reibach!

Rechtsanwalt Wötzel hat es in seiner Kanzlei miterlebt, wie sich die Leute, meist ja Ältere, in die Enge getrieben fühlten. Und es war schwer zu raten, den Rechtsstreit aufzunehmen. Denn Recht haben und Recht bekommen ... Und dazu noch die finanzielle Bürde, die ein Kläger erst einmal zu tragen hat ...

Das Grundgesetz schreibt zwar vor, dass Bürger, die enteignet werden, zu entschädigen sind. Dies aber kam eben angesichts der Gier der Bundesregierung von vornherein nicht in Frage. Um so mehr die zweite Möglichkeit: mittels einer – gewagten, um nicht zu sagen hanebüchenen – Rechtskonstruktion die Bürger zu nötigen, ihre Grundstücke freiwillig aufzugeben. Klar, man wollte neben den vielen Eigentumskonflikten der Nachwendzeit nun nicht noch zusätzliche durch die Abwicklung der Bodenreform.

Wötzel macht vor allem die Kaltschnäuzigkeit, die Rigorosität wütend, mit der der Rechtsstaat BRD geltendes Recht bricht. Konkret das von der Modrow-Regierung in Kraft gesetzte, das auch nach Überstülpung der bundesdeutschen Rechtsordnung weiterhin galt und die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform regelte. In der schriftlichen Begründung zu diesem Gesetz wurde damals im 41. Jahr der DDR ausdrücklich darauf verwiesen, dass es Ziel des Gesetzes ist, alle Formen bäuerlichen Eigentums völlig gleichzustellen. Ausdrücklich genannt wurde dabei neben der Sicherung des Erbrechts die Gleichbehandlung dieser Eigentümer beim Grundstücksverkehr. Das bedeutet, mit dem

„Roland ins Politbüro!“ – Tausende, und nicht nur SED-Genossen, skandierten diesen Ruf, damals 1989, wenn Dr. Roland Wötzel öffentlich in Leipzig auftrat. Es sollte nicht mehr dazu kommen. Aber es spricht für den Mann. Orakeln darüber, ob eine Wende hin zu einer anderen Politik in der DDR noch möglich war, bringt allerdings nichts mehr. Roland Wötzel hat heute keine politische Funktion. Aber nach wie vor eine feste Überzeugung, für die er lebt und arbeitet. Sein

beruflicher Alltag lässt ihn den Kapitalismus pur erleben: die Staatsnähe von Richtern und Gerichten, die Macht des Geldes über die Demokratie, die – wie Gerichtsurteile immer öfter ausweisen – nicht einmal mehr auf dem Papier funktionierende Gewaltenteilung von Legislative, Judikative und Exekutive. Nicht resignierend, aber knapp und nüchtern formuliert er mit den Jahren immer häufiger: „Die politischen Systeme der DDR und der BRD werden sich immer gleicher – im schlechten!“

Ohrfeige für die deutsche Justiz

Betrachtungen nach einem Gespräch mit Dr. Roland Wötzel, Rechtsanwalt und im Konkreten auch Anwalt von zwangseingetragenen Neubauern-Erben

von der letzten Volkskammer der DDR erlassenen Gesetz wurden alle bisherigen Einschränkungen außer Kraft gesetzt – zum Beispiel jene, dass Neubauernland dem staatlichen Bodenfonds zufällt, wenn die Erben nicht mehr landwirtschaftlich oder gärtnerisch tätig sind. Klarer und zielgerichteter war das Gesetz nicht zu formulieren. Und doch beanstandete die bundesdeutsche Justiz dann eine „offene Regelungslücke“. Aber dazu weiter unten.

Es war die DDR-CDU ...

Das von der bundesdeutschen Rechtsprechung konsequent ignorierte Volkskammer-Gesetz hat eine interessante Vorgeschichte. Es war die DDR-CDU, die auf der 13. Sitzung des Runden Tisches, am 19. Februar 1990, mit der Vorlage 13/18 von der Regierung verlangte, „verbindliche Festlegungen über die Sicherung des privaten und genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft zu treffen, die die Anerkennung der Bodenreform und der darauf begründeten Eigentumsverhältnisse auf rechtstaatlicher Grundlage einschließt“. Dass die CDU dermaßen vorsehnte und ihren Antrag noch vor der PDS einbrachte, ist leicht zu erklären. Da die CDU im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten die DBD, die Bauernpartei der DDR, schlucken wollte, musste sie natürlich Vorleistungen erbringen, das heißt, Erwartungen der Bauernschaft erfüllen.

Der Runde Tisch jedenfalls bündelte diese hochwertigen Anträge und reichte sie als Gesetzesinitiative „zur Si-

cherung der Ergebnisse der Bodenreform“ ein. Der Ministerrat diskutierte schon kurz darauf einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der Ausschuss für Forst-, Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie der Verfassungs- und Rechtsausschuss berieten ihn, auch der Ausschuss für Landwirtschaft stimmte ihm zu, so dass die Volkskammer auf ihrer 18. Tagung am 6. März 1990 das Gesetz verabschiedete.

Abgeschaffter Bodenfonds plötzlich wieder da

Ausdrücklich war festgelegt, dass mit Inkrafttreten des Gesetzes auch der Bodenfonds als Auffangreservoir für zurückgegebenes bzw. zurückgeführtes Bodenreformland gegenstandslos geworden ist: „Es gibt dann keinen Bodenreformfonds mehr, keinen Fonds an Eigentum, an Grund und Boden aus der Bodenreform.“

Dennoch hat die Bundesregierung kaum zwei Jahre nach dem gewollten Ende des sozialisti-

schen Bodenfonds einen solchen wieder eingeführt, zugunsten des jeweiligen Landesfiskus.

Dieser Rechtsdreh, der mit Eigentumsrechten im Kapitalismus so gar nicht vereinbar ist, basierte auf einem schnell gestrickten Entschädigungsgesetz – einer Sammlung von gesetzlichen Bestimmungen mit vielen Artikeln. Eine dieser Ergänzungen des BGB beruht auf der Behauptung, man wolle und müsse die Gesetzgebung der DDR ja nun fortschreiben. Siehe oben, man fand die „offene Regelungslücke“ (später, als es juristisch immer schwieriger wurde, diese Lücke zu erkennen, erfand man eine „verdeckte“ Lücke). Die Juristen, die mit der Vorbereitung des Abwicklungsgesetzes beauftragt waren, hießen nun alle Hase und wussten von nichts. Ein Modrow-Gesetz gab es einfach nicht. Folglich knüpfte man an die eingeschränkten Eigentumsverhältnisse und Erbrechte der alten DDR-Gesetzgebung an. Daraus leitete dann der Gesetzgeber, der

Bundestag, für den Fiskus eine „Besserberechtigung“ als Begründung für die Enteignung ab. Den Begriff Besserberechtigte gibt es zwar in der Rechtsliteratur auch nicht. Aber der Zweck heiligt alle Mittel.

Kürzen wir ab. Denn all die juristischen Irrwege, um den Eigentumswechsel durchzupeitschen, sind nur peinlich. Beispielsweise wurde allen Ernstes versucht, Kritikern ein „gesetzgeberisches Versehen der Volkskammer“ aufzuschwatzen; man sprach von „sachwidriger Rechtsfolge“, ja sogar eine „Unvollständigkeit des Gesetzes vom 6. März 1990“ wurde erfunden.

Deutsche Richter bemerkten nicht mal einen Kronleuchter

Irgendwie aber erschien es 1998/99, als gäbe es eine Zäsur. Es war die Zeit, als viele Klagen bei den Oberlandesgerichten behandelt wurden und solche auch am Bundesgerichtshof anhängig waren. Und es war auch die Zeit, als die kaum angefechtbaren Argumente einer westdeutschen Rechtsanwältin, Dr. Beate Grün, vorlagen – von der Roland Wötzel sagt, sie hätte das Bundesverdienstkreuz bekommen müssen. Nun, stattdessen wurde sie Anwältin der fünf zwangseingetragenen Bodenreform-Erben, die bis an den Gerichtshof für Menschenrechte nach Strasbourg gingen und dort siegten. Denn alle deutschen Instanzgerichte bis zum Bundesgerichtshof und auch das Bundesverfassungsgericht haben die Bodenreformkläger abgewiesen.

In Strasbourg wurde als Konsequenz angemahnt, wovon die obersten deutschen Gesetzeshüter nach wie vor scheuten, nämlich das bürgerliche Gesetzbuch wieder von dem grundgesetzwidrigen Artikel zu befreien, der die Bodenreform-Erben „zu weniger Berechtigten“ machte. Anders gesagt, es war zwar mit Dr. Grüns Veröffentlichung ein Kronleuchter aufgegangen, aber die Juristen vom Bundesverfassungsgericht – das nun nach den Bundesgerichtshof als allerhöchste Instanz an der Reihe war – wollten das Licht nicht sehen. Ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken, lehnten sie kollektiv die Verfassungsbeschwerde der Bodenreform-Erben ab. Und obwohl sie dies Kraft ihres Amtes gar nicht zu begründen brauchten, ließen sie sich herab und erläuterten, der Beschwerde der Kläger komme keine grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zu. Ihre Beschwerde hätte keine Aussicht auf Erfolg.

Womit wir wieder beim Anfang angelangt wären: Der hochnotwendigen Ohrfeige für die deutsche Justiz, die selbst massivste Menschenrechtsverletzungen nicht als solche erkennen will, wenn dies nicht in den Kram der Politik passt.

• AUFGESCHRIEBEN VON
MAXI WARTELSTEINER



So sah Karikaturist K. Stuttmann für die TAZ am 21. März 1990 die Situation: Mit der Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes war der Weg zur radikalen Beseitigung der DDR geebnet.

Ein wahrhaft erregendes Buch: Die das Sowjetsystem anklagende Lebensbeichte des Insiders Alexander Jakowlew liest sich mit Bedrückung. Jakowlew war ein führender sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär der vierten Nomenklatura-Generation, die auf Lenin, Trotzki und Bucharin, auf Stalin, Molotow und Mikojan, auf Chruschtschow, Breschnew und Kossygin mit Gorbatschow, Ryschkow und Schewardnadse folgte.

Alexander Jakowlew kannte die Interna sowjetischer Politik wie nur wenige seiner Generation. Das schließt auch Mitverantwortung dafür ein, bedingt schon für die 60er und 70er Jahre, uneingeschränkt für die Zeit von Perestroika und Glasnost seit 1986. Seine Memoiren vermitteln freilich Anschein eines distanzier-ten Beobachters, der mit all dem wenig zu tun hatte. Tatsächlich war Jakowlew als Ideologie-Sekretär des ZK (März 1986), Vorsitzender der ZK-Kommission zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen (1987), der ZK-Kommission für internationale Politik (1988) sowie der Untersuchungskommission des Ersten Volksdeputierten-Kongresses zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 (1989) einer der Hauptakteure der Perestroika-Politik. Gemeinsam mit Gromyko sieht er sich im Frühjahr 1985 sogar als Königsmacher und dann als Architekt der Perestroika, einer Reformation der Sowjetunion, die „ihrem Inhalt nach“ eine „*Revolution evolutionären Charakters*“ darstellen sollte. Es ging um eine gesellschaftliche Wende (wohin?), deren Antriebskraft „*Glasnost*“ sein sollte. Ihr Wesen bezeichnete Gorbatschow anfangs als „*Vervollkommnung*“ und „*Erneuerung*“ des Sozialismus. Jakowlew zufolge agierten dabei drei Richtungen:

erstens die fundamentalistische Mehrheit in der Parteiführung, die für eine Befreiung des Systems von offensichtlichen Deformationen bei Bewahrung der gegebenen Macht- und Eigentumsverhältnisse eintrat,

zweitens eine zentristische Richtung der „*Vervollkommnung des Sozialismus*“ in neuerlicher Anknüpfung an die Ideen der NÖP und Bucharins, d. h. berechnet auf Rücknahme der zentralistischen Planung und Zulassung eines privaten Unternehmertums bei staatlicher Regulierung, und **drittens** eine Richtung des sozialen, liberalen und sozialdemokratischen Denkens, die grundlegende Reformen des politischen Systems und der sozialen Marktwirtschaft verfolgte.

Zu Letzterer gehörte Jakowlew, der Gorbatschow die Idee des Mehrparteiensystems, einer „*Bewegung für Demokratische Reformen*“ als Alternative zur KPdSU und den Übergang zu einem System des pluralistischen Parlamentarismus nahe legte. „*Es drängte sich geradezu auf, eine Partei oder Bewegung zu organisieren, die zu jener kritischen Zeit zur KPdSU in Konkurrenz hätte treten können. Bei normalem Ablauf der Ereignisse hätte eine derartige Organisation den reformatorischen Kräften eine Heimstatt gegeben, bei Wahlen die Spitzen des Apparats der KPdSU aus der Macht verdrängt und eine Regierung der demokratischen Mehrheit ermöglicht.*“

Jakowlew spricht in aller Deutlichkeit aus, dass sich hinter der Perestroika verschiedene Ambitionen und Zielhorizonte verbargen. Gorbatschow glaubte an die Konzeption des demokratischen Sozialismus, und – obwohl auch er bereit war, sich zur Begründung der „*fälligen Modernisierung*“ des Landes der politischen List zu bedienen – hing er noch lange der

Neben Gorbatschow und Schewardnadse gehörte Alexander Jakowlew zu jenen Politikern, die während der sowjetische Perestroika-Jahre auch in hiesigen Gefilden oft genannt und zitiert wurden. Der 1923 geborene Jakowlew diente nach einem Pädagogikstudium 20 Jahre als Sektor- und Abteilungsleiter für Propaganda im ZK der KPdSU und vertrat die Sowjetunion von 1973 bis 1983 als Botschafter in Kanada. 1986 wurde er Mitglied des Zentralkomitees und im folgenden Jahr auch seines Politbüros. Er war als Redenschreiber für Chruschtschow, Breschnew und Gorbatschow tätig und wird oft als „Architekt der Perestroika und Vater der Glasnost“ bezeichnet.

Vor zwei Jahren veröffentlichte Jakowlew in Moskau seine Memoiren, die in deutscher Übersetzung (Friedrich Hitzer) nun bei Faber & Faber in Leipzig erschienen sind (Alexander Jakowlew: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie. 912 Seiten, mit 40 Abbildungen. 29,90 Euro).

Für LEIPZIGS NEUE hat der Historiker Prof. Dr. ERNSTGERT KALBE dieses Buch eines einstigen bedeutenden Vertreters sowjetischer Politik mit kritischem Blick gelesen.

Ein Insider des Sowjetsystems sieht es wie ein Außenseiter

Die Memoiren Alexander Jakowlews – eine bedrückende Lektüre

Idee an, die Geschichte habe ihm die Mission auferlegt, die durch die stalinistische Praxis deformierte sozialistische Theorie zu erneuern, wobei er dann und wann auch Lenin „zu Rate zog“. Dagegen setzten die „demokratischen Reformer“, die alsbald den Marxismus und Leninismus für „gleichermaßen unproduktiv und prinzipienlos“ hielten, schon bald auf die Einführung der Marktwirtschaft, der pluralistischen Demokratie und eine bürgerliche Zivilgesellschaft. Nach Jakowlew „*wäre alles gut geworden, hätte er (Gorbatschow) das Endziel nicht im Triumph der erneuerten sozialistischen Idee gesehen, sondern im entschlossenen Bruch mit dem System und im realen Aufbau einer Zivilgesellschaft.*“

Jakowlew räumt unzweideutig ein, dass die Reformatoren des Jahres 1985 anfangs versucht hätten, „*die bolschewistische Kirche im Namen der wahren Religion und des echten Jesus zu zerstören. Wir begriffen nicht, daß auch unsere Religion verlogen und unser Jesus ein Ersatzmessias waren. Es stellte sich heraus, daß es in der Sowjetunion keinen Sozialismus gab, sondern nur die Macht einer ordinären, despotischen Diktatur.*“

Als Jakowlew seit Sommer 1990 wiederholt zum offenen Systembruch riet und vor der Gefahr „*eines Umsturzes durch die sozialistische Reaktion*“ warnte, verdrängte Gorbatschow seinen Gefolgsmann aus dem inneren Führungskreis. Angesichts des restaurativen Kurses der „*Kräfte der sozialen Revanche*“, die im August 1991 einen halbherzigen Putsch unternahmen, erklärte Jakowlew seinen Austritt aus der KPdSU, weil er in ihrem Rahmen keine Möglichkeit des Wirkens für eine grundlegende demokratische Umgestaltung der Gesellschaft mehr sah.

In diesem Lichte reflektiert Alexander Jakowlew auf über 750 Seiten Text die gesamte Entwicklung der Sowjetordnung und der Sowjetunion als Insider über lange Jahrzehnte, der das Geschehen dennoch wie ein Außenseiter schildert, eine subjektive Betrachtungsweise, die Zweifel an ihrer Objektivität erlaubt. Freilich enthüllen viele seiner faktenfesten Darstellungen – über Verfolgungen von Genossen und Mitstreitern, von Gefolgsleuten wie Opponenten in den eigenen Reihen, Repressalien gegen ver-

meintliche „*Volksfeinde*“, inquisitorische Gewaltmaßnahmen gegen bestimmte soziale Schichten und Berufsgruppen, Umsiedlung und Vertreibung ganzer nationaler Bevölkerungen – das stalinistische Regime als terroristisch und verbrecherisch.

Jakowlew rechnet vor, „*daß die Zahl der aus politischen Gründen Ermordeten, der in Gefängnissen und Lagern Umgekommenen in den Jahren der Sowjetmacht insgesamt 20 bis 25 Millionen Menschen betraf.*“ Dabei grenzt der Autor weder die Opfer der Intervention und des Bürgerkrieges – die kaum den Bolschewiki allein anzulasten sind –, die Hungertoten der Bürgerkriegs- und der dreißiger Jahre nach der Kollektivierung noch die Periode nach dem XX. Parteitag der KPdSU aus, in der schrittweise die Praktiken des Stalinismus überwunden wurden. Ohne sich auf widersprechende Zahlenspiele einzulassen, bleibt die Bilanz unvermeidlicher wie willkürlicher Opfer bedrückend. Jakowlew macht auch keinen Unterschied zwischen den Herrschaftsmethoden unter Lenin und Stalin aus, die abgeschwächt bei Chruschtschow und Breschnew nachgewirkt hätten. So beurteilt er die Oktoberrevolution als Konterrevolution, als „*die destruktivste permanente Konterrevolution der Weltgeschichte*“ und bezeichnet das 20. Jahrhundert für Russland als „*das schrecklichste und blutigste Jahrhundert seiner Geschichte, angereichert mit Hass und Intoleranz.*“

In dieser Sicht lobpreist er die Februarrevolution 1917 als Versuch, das „*autokratische Paradigma zu ändern und Russland aufs Gleis der Demokratie zu setzen*“, ein m. E. sowohl wegen der Unfähigkeit der „*Provisorischen Regierung*“ subjektiv, als auch wegen des Fehlens jeglicher Demokratietradition objektiv gescheitertes Unterfangen. Dagegen verurteilt Jakowlew die Oktoberrevolution als „*Tragödie des Oktober*“, die Russland „*den Bolschewiki zum Fraß vorwarf*“ und das Land „*in den Abgrund einer uneingeschränkten Herrschaft, der totalitären Macht und der totalitären Ideologie*“ stürzten. Unter Berufung auf Zeugnisse der Nobelpreisträger Iwan Pawlow und Lew Landau charakterisiert Jakowlew den Schöpfer des Sowjetstaates Lenin schließlich als „*Begründer des Faschismus*“, als „*Revolutionsterrorist*“, der im Bunde mit

dem Kriegsfeind Deutschland und mit deutschem Gelde die bolschewistische Machtergreifung vorbereitete und durch die Verbindung von Apparat und Straforganen von Anbeginn die Faschisierung des Landes betrieb, die bei Stalin im „*Nomenklaturfaschismus*“ endete.

Abgesehen von der uralten Story, die den „*deutschen Agenten*“ Lenin des käuflichen Landesverrats bezichtigt, lässt sich Jakowlew so weit von der Totalitarismus-Doktrin einfangen, dass er jede Frage nach den sozialpolitischen und sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus vergisst und schlicht Faschismus und Sozialismus gleichsetzt.

Keineswegs sei geleugnet, dass der sowjetische Staatssozialismus viele Merkmale der absolutistischen, bürokratisch-

etatistischen Herrschaftsstruktur des russischen Zarenismus adaptiert hat, der sich – wie die Generalsekretäre der KPdSU – einer quasi militärisch subordinierten und disziplinierten Dienstklasse (Dienstadel bzw. Nomenklatura) bediente, was Jakowlew – schon eher zutreffend – als „*Staatsfeudalismus*“ bezeichnet.

Eine derartige Einschätzung aber verbietet umgekehrt eine naive, von historischen Traditionen abstrahierende Sozialismuskonzeption. Gerade weil der historische Weg quasi ungebrochen von der Selbstherrschaft des Zaren zur Alleinherrschaft des Generalsekretärs verlief, stellte Russland den denkbar ungünstigsten Boden für ein demokratisches Modell des Sozialismus dar. Vielmehr setzte die Sowjetunion auf dem Wege aus sozialer und ökonomischer Rückständigkeit in die „*Moderne*“ die Methoden etatistischer Reformen von oben fort, wobei sie sich – ganz in der Tradition Petrinischer oder Katharinensischer Reformen – generell außerökonomischer Zwangsmittel bediente, Instrumentarien politischer Repression eingeschlossen: dienstverpflichtete Bauern und Soldaten, strafgefangene Häftlinge bzw. sibirische Lagerinsassen. Der unbestreitbare Weg der Sowjetunion zu einer industrialisierten Großmacht verkörpert wohl eher das Modell einer staatskapitalistischen Entwicklungsdiktatur um vermeintliche oder reale Integrationsfiguren, wie sie für viele rückständige Länder in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika gestern wie heute typisch waren und sind (Stalin und Mao, Tito und Sukarno, Peron und Nasser), die im Prozess einer nachholenden ursprünglichen Akkumulation des Kapitals auf etatistische Reformeingriffe von oben setzten und sich dabei bürokratisch-zentralistischer Herrschaftsmethoden bedienten. Freilich bleibt die Frage offen, ob dafür die Kennzeichnung als „*Sozialismus*“ oder besser „*Staatskapitalismus*“ zutrifft, zumal bei diesem Wettlauf des „*Einholens und Überholens*“, den die Zurückgebliebenen gegen die Fortgeschrittenen aufnahmen, sich die Entwicklungspotentiale Ersterer häufig gerade dann erschöpften, wenn der Übergang von extensiven zu intensiven Faktoren des Wirtschaftswachstums auf die Tagesordnung rückte.

Fortsetzung auf Seite 9

Zu einer außergewöhnlichen Ehrung begab sich am gestrigen Donnerstag der ehemalige Regierungssprecher und jetzige Generalkonsul der Bundesrepublik in New York, Uwe Karsten Heye, in das unweit entfernte Manhasset auf Long Island. Im Auftrag von Bundespräsident Johannes Rau verlieh er dem kommunistischen Dissidenten und unorthodoxen Marxisten Günter Reimann in dessen eigenen vier Wänden für seine „imponierende Lebensleistung“ den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland.

Unter den vielen Gratulanten befanden sich auch einige Freunde Reimanns aus Leipzig. Als Nestor und großzügiger Förderer der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt der 99-jährige Finanzexperte und brillante Kritiker der Globalisierung seit der Wende über enge persönliche Kontakte zu Leipzig; seine in vieler Hinsicht erstaunliche Biografie verdient daher gerade in unserer Stadt eine noch größere öffentliche Resonanz.

Geboren als Hans Steinecke am 13. November 1904 in Angermünde, trat der Sohn aus bürgerlichem Elternhaus unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg der radikalen Jugendbewegung bei. Im Jahre 1924 wurde Reimann unter seinem neuen Pseudonym Mitglied der KPD. Bereits wäh-

Verdienstorden für Marxisten

Günter Reimann in eigenen vier Wänden auf Long Island ausgezeichnet

rend des Studiums der Betriebs- und Volkswirtschaft in Berlin geriet der angehende Journalist in Konflikt mit der sich immer enger an Moskau orientierenden Parteibürokratie. Als Wirtschaftsredakteur der „Roten Fahne“ stand Reimann von 1925 bis 1930 für jene Kräfte innerhalb des deutschen Kommunismus, die unter Berufung auf Rosa Luxemburg den Marxschen Theorietyp auf die Analyse des 20. Jahrhunderts anwandten und sich jeder Einmischung von außen zu widersetzen suchten.

Nachdem Reimann aus der „Roten Fahne“ ausgetreten war – sein Nachfolger wurde Jürgen Kuczynski – reiste er zu Studienzwecken in die Sowjetunion. Durch eigene Anschauung und vielfältige Begegnungen (Max Hoelz, Karl Radek usw.) festigte sich bei Reimann die schmerzliche Einsicht, dass der Sozialismus Stalinscher Prägung mit seinem Versuch der nachholenden Industrialisierung westlichen Typs in die Sackgasse führen werde.

Seit dem 30. Januar 1933 im Wi-

derstand gegen die Nazidiktatur, zwangen ihn Herkunft und Bekanntheit in die Emigration, in der er sich von der KPD schrittweise löste. Nach Fluchtstationen in Frankreich und Großbritannien ließ er sich 1937 in Amsterdam nieder, wo er seine erste ökonomische Analyse des NS-Wirtschaftssystems verfasste. Auch mit seinen folgenden, nunmehr schon im amerikanischen Exil geschriebenen Büchern versuchte er einem breiten bürgerlichen Publikum die Funktionsmechanismen und anfänglichen wirtschaftspolitischen Erfolge der Hitlerdiktatur zu erklären.

Nach dem Zweiten Weltkrieg half Reimann – wie seine Korrespondenz mit Herbert Wehner belegt – vielen Deutschen mit Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung. In Washington trug er gemeinsam mit Pastor Albion Beverage dazu bei, dass der „Trading with the Enemy Act“ aufgehoben wurde. Damit standen den legendären Care-Paketen keine juristischen Hürden mehr im Wege. Die materielle Basis für Reimanns großzügige Unterstützungsleistungen bildete die 1947 in New York gemeinsam mit unabhängigen denkenden Finanzspezia-

listen gegründete und in mehr als 50 Ländern tätige Agentur *International Reports on Finance and Currencies*, die er bis 1983 als Herausgeber und Chefredakteur leitete. Im Kontakt mit führenden Währungs- und Finanzexperten in aller Welt sammelte der marxistische Ökonom einmalige Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge zwischen Geld, Währungen und dem Reproduktionsprozess des Kapitals. Sein Analyseinstrumentarium verstand Reimann dabei stets systemübergreifend: Mitte der 60er Jahre verfasste er nach einer großen Reise durch Osteuropa die kritische Reputage *Der Rote Profit. Preise, Märkte, Kredite im Osten*. In dem 1993 bei Kiepenheuer erschienenen Buch *Die Ohn-macht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise* zog Reimann ein Resümee seiner jahrzehntelangen Studien und gelangte zu der Schlussfolgerung: „Wer glaubt, dass im Osten der Kapitalismus gesiegt hat, ist naiv ... Der Westen ist selber krank und leidet an den Krankheiten, an denen der Osten gestorben ist.“

Wenn es die Natur zulässt, dürfte der Bahnhof zu seinem 100. Geburtstag am 13. November erheblich größer ausfallen als zur jetzigen Ehrung. Bis dahin sind dem angehenden Jubilar vor allem Gesundheit und Wohlergehen zu wünschen.

• DR. VOLKER KÜLOW



Während einer vom Autor (Mitte) moderierten Leipziger Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Oktober 1992, links Jürgen Kuczynski, rechts Günter Reimann. Foto: privat

Fortsetzung von Seite 8

Aber über diese historisch-politisch relevante Frage reflektiert Jakowlew nicht, wie überhaupt die gesellschaftspolitische Realität zweier Lebenswelten nebeneinander – der Enthusiasmus des sozialistischen Aufbaus und die Bedrückung durch repressive Gewalt – weitgehend außerhalb der Betrachtungen bleibt. Gewiss hat die außenpolitische Konfrontation zweier Systeme – die Jakowlew als sowjetisches Handeln zwischen „messianischer Idee von der Weltrevolution“ und „schroffem Pragmatismus“ des Regimes für sein Überleben wahrnimmt – wesentlich auf die innenpolitische Disziplinierung und Militarisierung des Landes zurückgewirkt. Übrigens liest man bei Jakowlew erstmals, dass Rüstungsproduktion und Militärhaushalt über 70 Prozent am Bruttosozialprodukt des Landes verschlang, eine Last, die die Kraft jeder Volkswirtschaft übersteigt.

Als Wendepunkt in der Evolution sowjetischer Außenpolitik vom „Messianismus“ zum „Imperialismus“ sieht Jakowlew den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 samt der „schändlichen Geheimprotokolle zum Pakt Molotow-Ribbentrop“, ohne freilich die außenpolitischen Alternativen nach dem gleichfalls schändlichen Münchner Abkommen zu benennen. Die politische Blindheit aber, die Stalin gegenüber Hitler-Deutschland nach Abschluss der deutsch-sowjetischen Verträge an den Tag legte, habe dazu geführt, dass „die Armee auf mustergültige Weise auf ihre Niederlage präpariert“ wurde, ein persönlicher Verrat, ein Verbrechen Stalins, das „nur ein abgrundtief bössartiger Feind Rußlands“ verüben konnte. Gewiss war Stalin vieles, das wohl aber

nicht.

Die Entstehung des sozialistischen Lagers habe die „Erben Lenins und Stalins“ sodann ebenso munter gemacht wie die Revolution in China und der Zusammenbruch des Kolonialsystems. Das habe die Erwartung genährt, den Sieg über den Kapitalismus – wenn schon nicht durch die Weltrevolution, so doch im friedlichen Wettbewerb – zu erreichen.

Zur Außenpolitik des heutigen Russland erfährt man vergleichsweise wenig. Nach einer moderaten Kritik an den selbstgerechten Mythen auch der amerikanischen Außenpolitik bekennt sich Jakowlew zu dem Credo: „Wie man auch immer zu diesem Lande stehen mag, der Gerechtigkeit halber sollte anerkannt werden, daß die USA in unserer unruhigen Welt ein effektiver Stabilisator sind, obgleich sie ärgerliche Fehler begehen.“ Ein Wort noch zur Beurteilung der Sowjetführer Chruschtschow und Breschnew, zu deren Ablösung (des Ersteren) wie zur Inthronisation (des Letzteren) Jakowlew damals selbst die kommentierenden Presseartikel schrieb. Während Chruschtschow vergleichsweise versöhnlich wekommt, dessen Persönlichkeit er als „klüger und dämlicher, bössartiger und barmherziger, selbstbewusster und furchtsamer, artistischer und politisch niederträchtiger“ sieht, „als man zu seiner Zeit über ihn dachte und heute schreibt“, der jedoch immerhin den Prozess der Entstalinisierung eingeleitet hat, aber als „Utopist“ und „Wirrkopf“ zugleich der lebenden Generation den Kommunismus versprach, steht Breschnew, der „Abgott der Nomenklatura“ und „Protegé des Militär-Industrie-Komplexes“ für die Restauration des Apparatschik-Systems, das „abstoßend auf alles Neue“ wirkte, „konzentrierten sich doch alle Anstrengungen darauf, den Mecha-

nismus der totalitären Macht zu perfektionieren“.

Was den Untergang der UdSSR angeht, so verbindet ihn Jakowlew mit dem Putsch der restaurativen Führung der KPdSU am 18. August 1991. Der russische Präsident Jelzin agierte vor dem Moskauer Weißen Haus, auf einem Panzer stehend, gegen die Putschisten, gegen die „Partei der sozialen Revanche“, während der sowjetische Präsident Gorbatschow, aus dem Urlaubsort Foros zurückgekehrt, vor dem Obersten Sowjet der RSFSR kläglich Rede und Antwort auf Jelzins Fragen gibt. Gorbatschow habe sein Urteil selbst gefällt, indem er sich mit Leuten wie Krjutschkow, Janajew, Baklanow und Schenin umgab. Jelzin wäre jedoch mit der Reformpolitik besser gefahren, wenn er das Verbot der kommunistischen Partei dauerhaft durchgesetzt hätte. Nicht die Vereinbarungen der Präsidenten Russlands, Belorusslands und der Ukraine – Jelzin, Schuschekjewitsch und Krawtschuk – vom 8. Dezember 1991 in Beloweschsk habe die Union zur Strecke gebracht, sondern der „militär-bolschewistische Putsch“ vom August. Beloweschsk habe nur eine schon eingetretene Lage fixiert.

Nach Jakowlews Meinung strauchelte die Perestroika 1990 deshalb, weil die „Kräfte der Gegenreformation“ die wachsende Enttäuschung in der Gesellschaft über deren Verlauf für eine Gegenattacke nutzten, während Gorbatschow sich nicht dazu entschließen konnte, „die erste Stufe des Wandels mit Namen Perestroika zu verlassen und die nächste, Reformation genannt, zu besteigen, das heißt, jetzt die Reform der Macht und der Wirtschaft in Angriff zu nehmen“. Deshalb drängte Jakowlew nunmehr Präsident Jelzin wiederholt, den Prozess der Konsolidierung

der demokratischen Kräfte zu forcieren, wofür eine „Sozial-Demokratische Partei“ oder eine „Partei der Sozialen Demokratie“ erforderlich sei. Mir scheint, dass dafür in der russischen Gesellschaft jedoch kein sozialer Boden besteht.

Als Hauptleistung Boris Jelzins betrachtet Jakowlew die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung Russlands, die sich auf die Traditionen des internationalen Verfassungsrechtes stützt. Jelzins Mission habe darin bestanden, „dem sozialistischen Feudalismus den Garaus zu machen“. Dabei sei einiges, nicht alles erreicht worden. Jelzin habe dann die Bürde auf Putins Schultern gehievt. Man werde sehen, „wohin das Rad rollt“.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Dokumente, die dem Text teilweise eingefügt, teilweise im Anhang veröffentlicht werden. Zu Ersteren gehören erschütternde Resümeees Stalinistischer Repressionen gegen Funktionäre, Militärs und ganze soziale Schichten, zu Letzteren Stenogramme des Volksdeputiertenkongresses zur Bewertung des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939 sowie des 28. Parteitages der KPdSU, beide aus den Jahren 1989/90, weiterhin Briefe Jakowlews an Gorbatschow, Jelzin und Putin, ein Stenogramm des Verfassungsgerichts in Sachen KPdSU von 1992 sowie der Beschluss über die Einstellung eines gegen Jakowlew verhängten Strafverfahrens von 1993, schließlich Reden Jakowlews aus verschiedenen aktuellen Anlässen. Dem Buch sind Anmerkungen, Quellenhinweise und ein Personenverzeichnis beigelegt, die seine Lesbarkeit erleichtern. Insgesamt bleibt dem Leser – bei aller Fakten- und Materialfülle – der Eindruck einer sehr subjektiven, westgläubigen Sicht des Autors sowie ein Gefühl quälender Bedrückung.

Gewandhaus-Stammgäste:**Ingo Metzmacher
und
Daniel Harding**

Wenn Ingo Metzmacher und Daniel Harding den Dirigentenstab in Gewandhauskonzerten führen, garantiert das durchdachte Programm und ausdrucksgeballte Gestaltung. Mit dem Blick auf den 100. Todestag Antonín Dvoráks am 1. Mai und den 150. Geburtstag Leos Janáceks am 3. Juli wählte Metzmacher bis auf die Sinfonietta selten gespielte Werke der beiden tschechischen Meister aus. Sozusagen auf dem Weg zur tief sinnigen Märchenoper „Rusalka“ schuf Dvorák vier sinfonische Dichtungen nach Volkssagen von Karl Jaromír Erben. Zwei, „Der Wassermann“ und „Die Waldtaube“, erklangen unter Metzmakers Leitung mit all ihren thematischen, klanglichen und stimmungsmäßigen Gegensätzen bewegend.

Mit seiner in Leipzig vermutlich erstmals gespielten Orchesterballade „Des Spielmanns Kind“ knüpfte Janáček auf seine Weise an diese Stücke an, betonte dabei noch stärker die sozialkritischen Züge. Zwingend gestaltete der Dirigent die Dramatik und Tragik des Werkes, auch wenn das Orchester diese Musik noch nicht mühelos bewältigt. Ebenso erregend war das Fragment gebliebene Violinkonzert von Janáček mit dem geheimnisvollen Titel „Pilgerfahrt der Seele“. Überzeugend bewältigte Isabelle Faust, die schon mit dem umfangreichen Violinsolo des Spielmanns beeindruckte, den anspruchsvollen Solopart. In der Sinfonietta legte Metzmacher Wert auf die ausdrucksdichte Gestaltung der aufwühlenden Sätze zwischen der strahlenden Einleitung und dem triumphierenden Schluss. Daniel Harding begann sein diesjähriges Gewandhauskonzert mit Robert Schumanns noch immer selten aufgeführtem Violinkonzert. Dessen Solopart spielte Christian Tetzlaff technisch und musikalisch eindringlich. Harding fasste das Werk allerdings mehr als eine Sinfonie mit Solovioline auf und übertönte den Solisten über ganze Strecken. So kam nicht nur die tief berührende Melodik, sondern auch das virtuose Spiel Tetzlaffs nicht voll zur Geltung. Schade, denn das Werk verdient endlich neben Mendelssohn seinen festen Platz zwischen den Violinkonzerten von Beethoven und Brahms.

So ganz in seinem Element zeigte sich Daniel Harding mit der vierten Sinfonie von Gustav Mahler. Da setzte er die scheinbar unbekümmerte Thematik des ersten Satzes all den Abenteuern im weiteren Verlauf aus, beschwor er die Hintergründigkeit des zweiten, erfüllte er den langsamen mit seelenvoller Ruhe und kostete dann mit der Sopranistin Juliane Banse den Wunderhoren-Zauber naiven himmlischen Lebens aus.

• W. WOLF

Ohne große Proteste opferte Udo Zimmermann in der letzten Phase seiner Amtszeit das Kellertheater des Leipziger Opernhauses sogenannten Sparzwängen. Nun finden im dritten Jahr Henri Maiers wieder Opernvorstellungen im „Keller“ statt. Ein erster Anlauf erfolgte im Herbst mit Francis Poulenc' Einakter „Die menschliche Stimme“. Dieses Stück kommt im März mit dem Einakter „Das Telefon“ des Italo-Amerikaners Gian Carlo Menotti wieder. Da wird erneut Hendrikje Wangemann zu erleben sein, mit Jürgen Kurth als Partner.

Inzwischen hat Gundula Nowack, vom Intendanten nun zur „Kellerchefin“ berufen, eine einst bei den Urgroßeltern beliebte komische Oper in den Keller geholt: „Das goldene Kreuz“ des im Mährischen geborenen, österreichischen Komponisten und Pianisten Ignaz Brüll. Als „Orchester“ fungieren diesmal der Studienleiter Hans-Georg Kluge Klavier spielend und Chor singend sowie Jean-Pierre Lim als Trommler. Warum bei seither eingeschränktem Spielbetrieb nicht wie einst Musiker der Musikalischen Komödie oder gar des Gewandhausorchesters zur Verfügung stehen, bleibt allerdings schwer erfindlich.

Doch Gundula Nowack und Hans-Georg Kluge machen mit den fünf Solisten aus der Not mehr als eine Tugend. Ihre Spielfreude und -laune lassen fast vergessen, dass dieses „Goldene Kreuz“ nach einem Text Salomon Hermann von Mosenthals ein rechter

Schmarren ist. Da herrscht 1812 in einem französischen Dorf Kriegsbegeisterung. Den schießwütigen Colas Parist (Jürgen Kurth) können weder dessen hübsche Verlobte Theresia (Kathrin Göring) noch dessen zärtlich bittende Schwester Christine (Marika Schönberg) hindern, auf die Werbung des Sergeanten Bombardon (Tuomas Pursio) einzugehen. Christine erklärt sich sogar bereit, den zu heiraten, der für Colas in den Krieg zieht und übergibt als Erkennungszei-

chens ein goldenes Kreuz. Der unerkannt gebliebene Ersatzmann Gontran d'Ancry (Martin Petzold) will aber aus Liebe, nicht aus Pflicht geheiratet werden. So gibt es nach Heimkehr der drei allerlei Verwicklungen bis zum unglaublichen glücklichen Ende. Doch das wird alles mit Augenzwinkern, vor allem von Jürgen Kurth und Tuomas Pursio mit blitzender Ironie vorgeführt.

„Das goldene Kreuz“ im Keller und „Gräfin Mariza“ in der Musikalischen Komödie

Gleichzeitig mit der Richard-Wagner-Gala im Opernhaus (einzigem Wagner-Abend in dieser und der vorangegangenen Spielzeit!) hatte im Hause „Dreilinden“ Emmerich Kálmáns „Gräfin Mariza“ ihre mit Jubel aufgenommene Premiere. Mit Karl Absenger war ein Regisseur verpflichtet worden, der die heitere Muse ernst nimmt. Er versetzt mit seiner Bühnen- und Kostümbildnerin Tamara Os-

watitsch die Handlung in die Entstehungszeit des 1924 uraufgeführten Stückes. Das spielt nun in einem lukrativen Bukarester Unternehmen der Gräfin Mariza. Der sie umschwärmende Graf Trassilo Endrödy-Wittenburg hat sein Vermögen durch Krieganleihen, nicht durch Leichtsinns verloren. Im Übrigen geht alles seinen operettenhaften Gang. Aus gesponserten Aluminiumprofilen und Plexiglas baute Tamara Oswatitsch zwei mit einer Treppe verbundene Spielebenen, die effektvolle Arrangements ermöglichen, aber in ihrer Unverbindlichkeit auch anderen Stücken dienen könnten.

Mehr oder minder zufällig wirkt die Personenführung. Die kurzfristig für die erkrankte Christine Bath gewonnene Andrea Huber spielt und singt mit gehörigem Temperament. Doch steht und geht Heinz Hartel als Graf Tassilo ziemlich unbeholfen, lässt in seiner anspruchsvollen Tenorpartie etliche Zeit viel Vorsicht walten. Dagegen legt und singt Andreas Rainer als Baron Zsupán mit ausgeprägtem Spielwitz los. Anne-Kathrin Fischer als reiche Tante und Karl Zugowski als Kammerdiener demonstrieren im dritten Akt komödiantisch, was selbst aus einer Wurze heraus zu holen ist.

Roland Seiffarth führt das Orchester der MuKo wie immer feinsinnig, kostet die Nuancen der Musik überlegen aus, verliebt sich aber hin und wieder auf Kosten des Temperaments zu sehr in Einzelheiten. Der Premieren-Erfolg dürfte auch den folgenden Auführungen sicher sein. • WERNER WOLF

Ob mondän unterkühlt, warmherzig liebend oder untertänig verrückt – es sind die Frauen, die in Anton Pawlowitsch Tschechows „Onkel Wanja“ die Fäden ziehen. So jedenfalls nach der Lesart von Regisseur Markus Dietz. Ein emeritierter Professor hat sich mit seiner jungen, attraktiven Frau Elena auf das Landgut seiner verstorbenen ersten Frau zurückgezogen, das von deren Bruder Wanja und deren Tochter Sonja, bewirtschaftet wird. Dazu gesellen sich der vom trostlosen Landleben abgestumpfte Arzt Astrow, die Schwiegermutter des Professors aus erster Ehe und Marina, die verrückte Hausangestellte. Die Maßlosigkeit des Professors und das Tauziehen um den Verkauf des Gutshofes mischt sich mit hoffnungslosen Liebeswirren. Wanja und Astrow begehren Elena, die allerdings nur für Astrow Gefühle zeigt, der wiederum von Sonja geliebt wird. Es sind nicht

Starke Frauen ...



Im Blickpunkt: die Frauen

Foto: Schauspiel Leipzig/Rolf Arnold

die großen Kämpfe, die bewegen, es ist die Leidenschaft der Figuren, die ihre zermürbende Existenz mal mehr, mal weniger stoisch ertragen. Dietz zeigt eine wohltemperierte Endzeitstimmung – ohne Allüren, aber auch ohne Verniedlichung. Er psychologisiert den Stoff, ohne die ge-

sellschaftskritischen Ansprüche zu ignorieren und vertraut auf die Kraft der Worte. Unterstützt wird er dabei von einem nüchterngeglätteten Bühnenbild (Franz Lehr): weder „Budenzauber“ noch Plüsch, sondern funktionale Sachlichkeit. Die Inszenierung begeistert – und es sind die klei-

nen Gesten, die liebevoll herausgearbeitet werden: wenn Elena ihre hochgesteckten, wasserstoffblonden Haare löst oder die geschliffenen Schattenspiele. Hinter der Fassade taucht die Konkurrenz der Frauen um Liebe, Macht und Geld auf. Die grundverschiedenen Lebensentwürfe und -zwänge geben einen entlarvenden Blick auf die Gesellschaft frei.

Jens Winterstein überzeugt in seiner ersten großen Rolle am Leipziger Schauspielhaus. Er statet seinen Wanja mit aller notwendigen Grobschlächtigkeit und lüsteren Gehetztheit aus. Glamourös und überlegen: Liv-Juliane Barine als unberührbare Elena. Herzlich, anrührend, emotional und mit einer Spur Sentimentalität spielt Daniela Holtz ihre Sonja. Friedhelm Eberle als Professor: aufbrausend herrschsüchtig, dennoch ein wenig zu zahm.

• D. M.

UNTERM STRICH

Olympia kommt - das Theater geht?

Das Ende der Spielzeit zeichnet sich, zwar verschwommen, dennoch am Horizont ab. Damit rückt auch das Aus des HORCH UND GUCK näher. Das letzte Projekt, eine achtfache Uraufführung von kurzen Texten zum Thema Abschied, wird am 4. März über die Bühne gehen: Lebt wohl! Und danke für den Fisch.

Mit einer Abschiedswoche, voraussichtlich im Juni, wird den Leipziguern eine letzte Gelegenheit gegeben, sich vom HORCH UND GUCK verzaubern zu las-

sen. Diese Abschiedswoche soll ausdrücklich keinen Festcharakter haben – denn die Schließung einer Spielstätte ist wirklich kein Grund zum Feiern, höchstens für den Noch-Stadtkämmerer. Die von der Stadt zur Verfügung gestellten Gelder reichen nicht aus, um die kleine, aber feine Spielstätte in den Gemäuern des Schauspielhauses am Leben zu erhalten. Angekündigt war der Schritt schon

seit längerem. Auf der einen Seite wird mit tiefenseeischem Amboß ein sportlich-infrasturkturales städtebauliches Eisen geschmiedet, auf der anderen faucht der tiefenseeische Schweißbrenner, um eine Theaterinstitution in Leipzig zu zerschmelzen. Das enge, zuweilen schummrige Ambiente charakterisiert einen Theaterort der Extraklasse: dem Leipziger Publikum wurden wenig bekannte

neue Stücke präsentiert – nicht immer unumstritten. Zum Glück. Hier konnten sich die Bürger, die Studenten, die Alten und die Jungen und nicht zuletzt die Rezensenten an den Texten reiben. Dem Leipziger Bürger bleibt, neben Kopfschütteln und Wut, nur die Möglichkeit, den vergangenen, schönen Theaterzeiten nachzusinnen und bis zum Kehraus im Juni das Repertoire zu genießen. • D. M.

Unlängst schrieb der Rezensent einer großen Zeitung, es sei verblüffend, was der kleine Berliner SPOTLESS-Verlag ständig an positiven Überraschungen präsentiert. Wer das für eine Übertreibung hielt, wurde diese Tage eines Besseren belehrt. Der Verlag präsentierte seinen Lesern kurz vor Weihnachten das neue Buch von Walter Flegel *Unter der Schlinge* und allein, wer die Schlange der Käufer am Verlagsstand während der Berliner Luxemburg-Liebkecht-Demonstration sah, musste zu dem Schluss kommen, dass da etwas Besonderes offeriert wurde. Der Schriftsteller Erhard Scherner schrieb an Flegel: „Ich lese ja täglich, aber seit langen habe ich nicht mehr geschmökert. Nun aber womöglich mit roten Ohren. Die Robinsonade auf dem Truppenübungsplatz (samt Schatzfindung) hat mich gepackt. Ich glaube, der Autor war seinen Armeeliesern (aber auch mir) ein solches Buch schuldig: Selbstbefreiung aus der Schlinge. Unverkennbar dahinter eine Gestalt, die liebenswert ist, philosophiert, nicht kapituliert, nicht säuft. Nicht wenig anno 2003.“ Tatsächlich hat Flegel, der bis Mitte der achtziger Jahre die Uniform der NVA trug, viel-

Ein gelungenes Buch über unsere Vergangenheit

leicht auch deshalb bei manchen in den Ruf eines „Stabschreibers“ geriet, mit diesem Buch endgültig und unwiderfürlich seine literarischen Qualitäten bewiesen. Als erstes: Dieses Buch ist in einer bewundernswerten Sprache geschrieben! Dann aber: Die Zahl der NVA-Offiziere, die geistig desertierten, war minimal, die derjenigen, die darunter litten, dass sie ein Leben lang ihre Pflicht taten und dann als Übeltäter beschimpft davongejagt wurden, sehr groß. Den meisten fiel es schwer, damit zu Rande zu kommen. Denen hat Flegel ein ungewöhnliches Denkmal gesetzt. Keine Spur von Bronze und kein Hauch von „Es lebe ...“, sondern eine packende Erzählung, die viele nicht vor der letzten Seite aus der Hand legten. Packend und streckenweise auch turbulent – manchem vielleicht zu turbulent –, aber eben eine großartige Antwort auf die wür-

delosen Anklagen und Vorwürfe gegenüber allen, die bis heute nicht leugnen, in einer Armee gedient zu haben, die viel für den Frieden tat – und wieviel Armeen könnten das schon von sich behaupten. Ich erlebte, wie Flegel in Berlin aus diesem Buch las. Er schloss seinen Vortrag mit dem zweiten Kapitel und die Anwesenden bestürmten ihn, weiter zu lesen. Sie taten es vergeblich, aber alle erwarben das Buch sogleich und ließen es sich zur Erinnerung an diesen Abend signieren. Einige Tage später schrieb ein Bücherkenner aus dem tiefsten Westen, der sich in hohen Bonner Diensten bemüht hatte, eine Einheit deutscher Autoren zuwege zu bringen, daran nicht gescheitert, aber leider auch nicht ans Ziel gekommen war, dem Autor: „Das ist eine packende Erzählung zur deutschen Gegenwart, das ist faszinierende Literatur.“ Mein Wort: Diesem „Wessi“

ist zu glauben!

Da ich am Beginn auf die Breite des Spotless-Angebots verwies, möchte ich gleich noch einen Titel von Armin Stolper erwähnen: *Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks* – das Büchlein zu lesen, bereitet sicher vielen Vergnügen. Gisela Steineckert zum Beispiel schrieb dem Autor: „Was für ein kluges, amüsantes, gescheites, wahres, lebensnahes, bildungsreiches, überbordend kenntnisreiches, wichtiges Buch du geschrieben hast ... Du hast mir sehr viel gegeben. Also nimm erst einmal entgegen, dass ich gelacht habe, aufgelebt bin, an ein paar Stellen kamen mir auch die Tränen.“

Soll ich da noch ein paar kluge Worte von mir drankleben?

• HANS CRONAU

Walter Flegel: *Unter der Schlinge*. SPOTLESS, Berlin 2003. 208 S., Br., 10 Euro.
Armin Stolper: *Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks*. SPOTLESS, Berlin 2003. 108 S., 5,10 Euro.

Sollte Ihre Buchhandlung die Bücher nicht vorrätig haben, dann können Sie sie auch direkt bei SPOTLESS – PF 28830 – 10131 BERLIN bestellen.

Parallel, muskulöse Leiber, eine junge Gekreuzigte neben dem feisten Alten, dem eine Bildzeitung den Kopf umhüllt, wegschauend, wenn es um Not, Tod und Gerechtigkeitskampf geht – die Liebenden auf der anderen Seite, und ganz klein der Maler dazwischen, der solches Welttheater in Gedanken an und mit Zitaten aus Gustave Courbets Atelierbild inszenierte. Über dieses Bild, 1976/77 gemalt, sagt der Schöpfer in *Willi Sitte – Farben und Folgen. Eine Autobiographie* (Faber & Faber, Leipzig 2003): „Die Berufung auf Gustave Courbet bedeutete eine Reflexion meiner eigenen Stellung als Künstler.“ In ihm sah er einen, der sich ebenfalls „zum Sozialismus bekannt und aktiv in die Politik eingemischt hatte“. Mit dem Buch – entstanden im Gespräch mit der Kunsthistorikerin Gisela Schirmer und von ihr aufgeschrieben – legt Sitte Rechenschaft ab über sein Leben, seine Herkunft aus armen Verhältnissen, seine ersten künstlerischen Prägungen in einer böhmischen Teppichfabrik, über frustrierenden Kriegseinsatz und Partisanenleben in Italien. Danach bedeutete der Aufbau des Sozialismus für ihn die einzige Alternative. Er gehörte durchaus nicht zu jenen, die sich streitlos anpassten, scheute sich vor Auseinandersetzungen mit „Betonköpfen“ nicht. Er wollte selbst gestalten, nicht nur Bilder, auch die Gesellschaft, die nach 1961 bekanntlich eine eingemauerte war. Der auch mir früher anhaftende Glaube, alles Unvernünftige liege nur an der Unvernunft von Menschen, der „aufgeklärte Fürst“, respektive kluge, einsichtige Funktionäre und Fachleute, zu denen wir uns selbst rechneten, würden es besser machen als die beschränkten Funktionäre, war trotz aller Illusionen für ihn bis zuletzt vorhanden: „Ich hatte einen guten Staat im Sinn, und dazu wollte ich mit

meiner Arbeit beitragen.“

Es breitet sich ein Leben zwischen Kampf und Liebe aus. Das Atelierbild ist ganz programmatisch. In dem kleinen Land DDR gehörte er, der spektakuläre Maler, Akademiemitglied, Hochschulprofessor, schließlich als Präsident des Verbandes Bildender Künstler von 1974 bis zu dem aus den Fugen geratenen Verbandskongress Ende 1988 zu jenen, die mit den Spitzen des Duodezstaates auf Du und Du standen. Er stritt mit Parteisekretären und hat manchen „Minister ganz schön eingewickelt“. Ja, er konnte vieles bewirken, er setzte sich ein, für die

die der Präsident zu vertreten hatte, bei all seinem Verständnis dafür, dass Künstler reisen wollen und müssen. 1986 ging der Leipziger Maler Hans Hendrick Grimmling weg „aus einem land voll zwietracht und lethargie“. Er musste den Verlust und das Risiko tragen, des Gewinns wegen, „sich einer selbsthuldigenden ‚kulturistischen‘ nomenklatur entzogen zu haben, sich einer gleichmachenden vereinbarung nichtverfügbar gemacht zu haben, auch nicht als opfer“ (Olaf Lippke).

Sitte gleitet über vieles hinweg, was der Ausschließlichkeitsanspruch des Verbandes und der ihn dominierenden Künstler

Der Maler dazwischen

Jungen vor allem, aber nicht für alle. In den 50er, 60er Jahren stand er für die Verbindung von Moderne und Realismus und unterstützte so eine weitgefaste Definition der „sozialistischen Kunst“, was ihn zum Verbündeten vieler Künstler machte, die aus vorgegebener Enge strebten, was auch über Metaphern und Symbole Kritik an in der DDR walten den Verhältnissen ermöglichte. Aber indem er und der Verband die Haftung für die ganze Künstlerschaft übernahmen, gerieten sie in Konflikt mit jenen, denen sich Lebens- und Kunstfragen anders stellten, die mit neuen Kunstformen experimentierten, die gar „politische Abstinenz und Selbstbezogenheit“ für sich beanspruchten.

Ich schaue auf die lange Liste der ausgebürgerten und geflohenen Künstler, denke an jene, die im Gefängnis saßen. Die günstigen Bedingungen, die der Verband bot, galten nicht für sie oder konnten sie nicht über die Unfreiheit hinwegtrösten,

und Kunstwissenschaftler an Kummer und Schmerzen, auch an direkter Existenznot bereitete. Er sagt, „es gab von unserer Seite kein Veto und keine Verbote“, aber es gab sie in dem kleinen Land, in dem immer mehr Künstler – und es wurden Jahr für Jahr mehr – gegen die Einengungen rebellierten und die der Privilegien teilhaftig werden wollten. Wie Jesus über das Wasser ging Willi Sitte, der von dem immer größer und subtiler werdenden Spitzelapparat um ihn – den antifaschistischen Künstler, dem die Oberen misstrauten und vertrauten – nichts wusste. Nichts wusste?

Das Buch ist ein Beitrag zur Auseinandersetzung und eine Rechtfertigung für Sitte, die in Frage und Antwortform, wie von der Autorin zunächst geplant, gewiss tiefer hätte loten können. Die beigegebenen Sitzungszeichnungen bringen nicht nur den Porträtisten nahe, sondern auch den von Zweifeln und bösen Geistern Geplagten.

• RITA JOREK

Roland Lampe (Absolvent des Instituts für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig), der 2001 mit seinem Debüt *Der Besuch der Tante* auf sich aufmerksam machte, hat jetzt *Tage mit Trost* vorgelegt. Der Titel erinnert im ersten Augenblick an eine Losung der Herrenhuther Brüdergemeinde. Doch die zweite Umschlagseite, in der er mit dem Zusatz *oder Das Leben kann so schön schlimm sein* erweitert wird, gibt in etwa die Richtung vor, in der sich Roland Lampes neue Texte bewegen. In den meisten begegnet uns *Trost* – ein Zeitgenosse wie du und ich – in den unterschiedlichsten Situationen. Er ist ruhelos, reflektiert über verpasste und verpatzte Gelegenheiten, ob es die Bekanntschaft mit der Frau seines Lebens ist oder die Bewerbung um einen neuen Arbeitsplatz. Vieles läuft schief. Auf Grund seines gespaltenen Wesens ist er als Dichter und Lebenskünstler auf alle Eventualitäten des

Verpasste Gelegenheiten und neue Chancen

Lebens vorbereitet: auf Trauer, Euphorie, Phasen des Philosophierens oder Phasen des Nachdenkens über das Leben an sich als banales Ereignis oder den Tod ...

Roland Lampe gelingt es, in sehr kurz gehaltenen Texten Phantasie und Realität in einem angenehmen, mitunter äußerst spannungsgeladenen Schwebezustand zu halten. Vieles lebt in den Texten von abrupten Überraschungen, die meist anekdotenhaft das Ende markieren. Die Dichte der Sätze verdeutlicht gegenüber seinen im Jahr 2001 erschienenen Erzählungen eine spürbare Entwicklung. Mitunter breitet der Autor in sechs Zeilen eine Biografie aus, die einen intensiv weiterbeschäftigt. Man fühlt sich erlappt, solidarisiert sich, weil man meint, der selbst zu sein – unerfüllt und unbeachtet.

Auch die anderen Geschichten, die nicht mittelbar mit der Titelfigur *Trost* im Zusammenhang stehen, zeugen von der sprachlichen Reife des Erzählers. Ob es der Text *Ein Spiel mit dem Kind* ist, das in seiner Vorstellungskraft seine Mutter tot wähnt, deshalb in Tränen ausbricht und der Mutter, das es trösten will, vorhält „Du bist gestorben“ und auf deren lapidare Antwort „Aber deswegen weint man doch nicht“, den unausgesprochenen Wunsch „Hoffentlich stirbt sie bald“ fühlt. Dem Leser wird ein nicht näher beschriebenes, aber im Hintergrund deutlich wahrnehmbares Bild eines entsetzlichen Beziehungsgefüges vermittelt. Ganz anders ist der Ansatz in dem wunderbaren Text *Bei der Königin*, die knappe Beschreibung einer großen Liebe, in der es um Erinnerungen an genutzte und verpasste Gelegenheiten geht, um Siege und Niederlagen, um Sehnsüchte und darum, was aus ihnen geworden ist. Und all dies in einem verwilderten Garten, in dem Äpfel und Birnen vergeblich darauf warten, geerntet zu werden.

Inmitten der thrillerlastigen Zeit und der voyeristischen Literatur à la Dieter Bohlen ist *Tage mit Trost* – ebenso wie schon das erste Buch *Der Besuch der Tante* von dem Berliner Thomas Lünser sensibel illustriert – eine große Leserschaft zu wünschen, die die Literatur noch als Literatur erleben will.

• ULRICH KIEHL

Roland Lampe: *Tage mit Trost oder Das Leben kann so schön schwer sein*. Ill. von Thomas Lünser. NORA, Berlin 2003. 175 S.; Br. 11,50 Euro

KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

Fritz Behn

Auf dem Dorfplatz von Benz auf Usedom wurde 1969 ein vom Bildhauer Hans Kies geschaffenes Denkmal für Fritz Behn errichtet, der hier am 17. Februar 1904 auf die Welt kam. Fritz Behn, von Beruf Zimmermann, war 1927 nach einer mehrjährigen Mitgliedschaft in der SPD der KPD beigetreten. Frühzeitig erkannte er die tödliche Gefahr der faschistischen Bewegung, der er mutig entgegentrat.

Bereits im März 1933 wurde er verhaftet und für einige Wochen im Gefängnis Swinemünde inhaftiert. Während des Krieges erfolgte seine Einberufung in ein Marine-Baubataillon, das in Ust-Luge, Estnische SSR, eingesetzt war. Hier gelang es ihm, eine antifaschistische Soldatengruppe zu bilden, die mit sowjetischen Partisanen, einem Lehrer und einer Lehrerin, enge Verbindung hatte. Mit ihrer Hilfe war es möglich, deutschsprachige Sendungen des Moskauer Rundfunks zu hören, dessen Nachrichten sie unter den Mannschaften der Einheit verbreiteten.

Im August 1943 wurden nach Verrat Fritz Behn und seine Kameraden verhaftet. Ein faschistisches Kriegsgericht verurteilte ihn, Karl Görs und einen unbekanntes Obermaat zum Tode. Am 6. Januar 1944 wurden sie in den Dünen von Reval standrechtlich erschossen. Die beiden Sowjetbürger wurden ohne Urteil gehängt.

1991 wurde aus dem Denkmal für Fritz Behn ein Marmorblock mit einer Opferschale entfernt. • **KURT SCHNEIDER**

Vor 110 Jahren geboren

Felix Fechenbach

Felix Fechenbach, am 28. Februar 1894 geboren, wurde während des ersten Weltkrieges Mitglied der USPD. Am 9. November 1918 berief ihn der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) zu seinem persönlichen Sekretär. Nach der Ermordung Kurt Eisners wurde Felix Fechenbach zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt, kam aber durch eine Amnestie nach drei Jahren Haft wieder frei. Danach, inzwischen Mitglied der SPD geworden, war er als Redakteur beim J. H. W. Dietz Verlag und ab 1930 am „Volksblatt“ in Detmold, einem Organ der SPD, tätig.

Bereits in der Weimarer Republik von den Faschisten heftigst angegriffen, wurde er am 11. März 1933 verhaftet und im Landesgerichtsgefängnis Detmold mehrere Monate gefangen gehalten. Auf dem Wege in ein KZ wurde Felix Fechenbach im Wald von Scherfelde von zwei SS-Banden ermordet. • **K. SCH.**

Leipziger universitäre Historie

Im Jahr 2009 wird Leipzig im Zeichen des 600. Jahrestages der Gründung seiner Alma mater stehen. Man wird ihre Entwicklung als akademische Lehrstätte würdigen und ihre Ausstrahlung auf die Stadt und das Land rühmen. Die einzelnen Fakultäten werden auf ihren Beitrag zur Geschichte ihrer Wissenschaftsdisziplin verwiesen, sich zum Ruhme ihrer Geschichte glanzvoller Namen der einst an ihnen Lehrenden und Studierenden bedienen. Fragen nach dem Erbe und der Tradition, nach dem Spannungsfeld von Geist und Macht werden den akademischen und den politischen Disput prägen. All das in Betracht ziehend, gewinnt das von Konrad Krause verfasste Buch zur Geschichte der Universität Leipzig von 1409 bis zur Gegenwart besondere Aufmerksamkeit. Der Autor hat es mit seinem Eintritt in den Ruhestand gewagt, sich als Einzelner mit der komplexen Geschichte der Universität zu befassen, an der er studiert und als Hochschullehrer gewirkt hat.

Der Teil I (S. 19–444) gliedert die Geschichte der Alma mater in neun Zeitabschnitte. Zu ihnen gehören die Reformversuche und Erneuerungen zwischen 1502 bis 1830, der Weg zu einer modernen Universität in der Zeit von 1830 bis 1870/71, die Entwicklung zu einer akademischen Bildungsstätte von Weltgeltung in den Jahren bis zum ersten Weltkrieg, ihr Werdegang in der Weimarer Republik sowie ihr Tiefpunkt in der Zeit des Nationalsozialismus. Von besonderem Interesse für die Leser dürften die Kapitel sein, die die Jahre von 1946 bis 1989/90



und die Zeit nach der politischen Wende und nach dem Einigungsvertrag behandeln.

Im Teil II (S. 447–541) wird der Blick auf berühmte Absolventen und Gelehrte, auf Ehrendoktoren und Nobelpreisträger sowie beachtenswerte Leistungen in Lehre, Forschung und Wissenschaftsentwicklung gerichtet. Dem schließen sich essayartige Behandlungen der Bibliotheca Albertina, des Universitätsarchivs sowie der an der Universität beheimateten Museen, Sammlungen und musischen Traditionen an.

Der Teil III umfasst eine kom-

mentierende Zeittafel der Geschichte der Universität und eine Sicht auf ihren heutigen Zustand.

Der Band endet mit einem Personenverzeichnis, mit der Vita des Autors und einem Quellenverzeichnis der Bilder, die in reicher Vielfalt und bestechender Qualität zur Gesamtdarstellung beitragen.

Der Autor legt Wert darauf, sein Buch nicht als Auftragsliteratur aus Anlass der 600-Jahr-Feier 2009 zu verstehen. Das hat ohne Zweifel seiner Darstellung, die an dieser Stelle keine detaillierte Bewertung und keinen

Vergleich mit vorliegender Literatur erfahren kann, gut getan. Für ihn war maßgebend, dass seit der 575-Jahr-Feier 1984 keine Gesamtdarstellung der Geschichte der Leipziger Universität erschienen ist. Zugleich wollte er sich „nicht der Pflicht entziehen, auch einige Gedanken zur Nachkriegszeit seit 1945 und zur Zeit des SED-Regimes zu unterbreiten“. Das geschieht sehr sachlich und bewusst zurückhaltend, denn wie er bemerkt, muss „die Geschichtsforschung zur jüngsten Vergangenheit selbst noch vom Prinzip der Objektivität ... geleitete Analysen durchführen und entsprechende Ergebnisse vorlegen“.

Obwohl in kritischer Distanz zur SED stehend, vertritt er die Auffassung, dass sich die Geschichte der DDR auch im universitären Bereich nicht auf die Geschichte eines SED- und Staatssicherheitsstaates reduzieren lässt. Zu dieser seiner Sicht vermerkt Konrad Krause, dessen Buch dem historisch interessierten Leser zu empfehlen ist: „Jeder hat hinsichtlich der komplizierten Zusammenhänge natürlich das Recht und die Freiheit, eigene und andere – vielleicht auch bessere – Vorstellungen und Einschätzungen zu entwickeln.“ Dem ist zuzustimmen. Doch der Boden, auf dem das möglich ist, ist ungleich vergeben. • **KURT SCHNEIDER**

Konrad Krause: Alma mater Lipsiensis. Die Geschichte der Universität Leipzig von der Gründung 1409 bis zur Gegenwart. Leipziger Universitätsverlag 2003. 647 S., 375 Abb., 39 Euro

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (25)

Im Rahmen der großen Umbenennungsaktion für Leipziger Straßen im Oktober 1950 wurde im Gohliser Franzosenviertel die Briestraße in Edgar-André-Straße umbenannt und damit ein Naziopfer geehrt, dessen Hinrichtung 1936 international große Aufmerksamkeit erregte.

Etkar André wurde am 17. Januar 1894 in Aachen als Sohn eines Handwerkers geboren. Sein Vater starb, als Etkar gerade fünf Jahre alt war. Darum wuchs er bei Verwandten in Lüttich und zeitweilig auch in einem Waisenhaus auf. Bereits mit 17 Jahren schloss sich Etkar André, der sich – seinen flämischen Vornamen eindeutig – „Edgar“ nannte, der Sozialistischen Partei Belgiens an. Er begann eine Buchhändlerlehre und wurde Sekretär der Sozialistischen Arbeiterjugend in Lüttich. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges erlag er wie viele seines Alters den Parolen der „Vaterlandsverteidiger“ und zog als Freiwilliger in den Krieg.

Aus diesem kehrte er als überzeugter Kriegsgegner zurück, ließ sich in Koblenz nieder und wurde Mitglied der SAJ und bald darauf auch der SPD.

1922 siedelte er nach Hamburg über und trat hier der Gewerkschaft bei. Selbst immer wieder mit den Folgen der Erwerbs-

Etkar-André-Straße

losigkeit konfrontiert, setzte er sich als Vorsitzender des Hamburger Erwerbslosenrates für die Forderungen der Arbeitslosen ein.

Etkar André, seit 1923 Mitglied der KPD, wurde von der bürgerlichen Presse als „Erwerbslosenkönig“ verspottet, doch von den Arbeitern geliebt und so zu einem der populärsten Arbeiterführer in Hamburg und Umgebung. 1925 baute er im Gau Wasserkante den Roten Frontkämpferbund auf und wurde sein Politischer Leiter. Zugleich arbeitete er von 1926

bis 1930 in der Bezirksleitung Wasserkante der KPD und von 1928 bis 1933 als Mitglied der Bürgerschaft Hamburgs, also als Abgeordneter.

Er enthüllte schon frühzeitig öffentlich das volksfeindliche und friedensgefährdende Wesen des Faschismus und schuf sich da-

mit erbitterte Feinde. Sie verübten darum 1931 ein Attentat auf ihn, dem der KPD-Abgeordnete Ernst Henning zum Opfer fiel. 1931/32 war Etkar André als Instrukteur der Internationale der Seeleute und Hafentarbeiter in Belgien und Frankreich tätig. Nach der Machtergreifung der Nazis war er einer der ersten, die von ihnen verhaftet wurden. Mehr als drei Jahre benötigten sie, um einen Prozess gegen ihn in Szene zu setzen. Dabei sparten sie weder mit Versprechungen noch mit Folter. Zum Krüppel geschlagen, betrat er den

Gerichtssaal an Stöcken. Als nach sechs Wochen Verhandlung der Staatsanwalt die Todesstrafe und den Ehrverlust forderte, entgegnete er ihm: „Ihre Ehre ist nicht meine Ehre, und meine Ehre ist nicht Ihre Ehre.“ Ein zeitgleich in Prag geführter Gegenprozess konnte seine Unschuld beweisen, doch Etkar André wurde zum Tode verurteilt und am 4. November 1936 hingerichtet. Ein Sturm der Entrüstung ging um die Welt und vereinigte die Kommunisten Herbert Wehner und Hans Beimler mit den Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid und Willy Brandt sowie bürgerlichen Antifaschisten wie Heinrich Mann. Nach seinem Tod gaben deutsche Antifaschisten ihrer Einheit im spanischen Bürgerkrieg den Namen Edgar-André-Bataillon. In der DDR trugen Straßen und Schulen (z. B. in Leipzig-Möckern), NVA-Einheiten und Kulturensembles seinen Namen.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von **KLAUS HUHN**

MEDAILLEN. Muss ich Sie daran erinnern, warum angeblich früher in Leipzig und Umgebung der Sport gefördert wurde? Natürlich nicht! Die DDR brauchte Medaillen, weil sie sich ja sonst nichts leisten konnte. Ein Zitat zum Beweis für diese Feststellung? „Unsere Mannschaft muss hinter der UdSSR und den USA auf den dritten Platz kommen!“ Ich gestehe, mir einen sanften Spaß geleistet zu haben. Das Zitat lautet exakt: „Die deutsche Mannschaft muss hinter Russland und den USA gleichauf mit China auf dem dritten Platz liegen“ und stammt nicht aus den Jahren 1960 oder 1980, sondern aus dem Februar 2004 und wurde vom DSB-Vizepräsidenten Ulrich Feldhoff unlängst in Köln verkündet. Das war nicht etwa ein Appell, die sportlichen Leistungen zu steigern, sondern ein unüberhörbares Ultimatum. Weiterer Wortlaut: „Wenn die deutsche Mannschaft sich im Mittelfeld platzieren sollte, hat das Auswirkungen auf die Gesamtfinanzierung des deutschen Sports.“ Sind noch Fragen?

Da, wo Feldhoff seine Befehle formulierte, saßen noch einige im Saal. Ausgerechnet der Aktivensprecher der deutschen Sportler, der Schwimmer Christian Keller, sah die Situation ganz anders und sagte: „Für mich hat es Priorität, in Athen das Finale zu erreichen und wenn ich dort meine

persönliche Bestleistung überboten habe, bin ich zufrieden.“ Wenn jemand genau wissen will, wie Feldhoff darauf reagierte, könnte er aus der Stuttgarter Zeitung (4. 2. 2004) erfahren: „Bei solchen Sätzen stellen sich Feldhoff die Nackenhaare hoch.“ Aber auch das hilft ihm kaum, denn rundum lauern Hürden. Man schilderte das Beispiel einer studierenden Hockey-Nationalspielerin, der der Professor einen Ausweich-Klausur-Termin verweigerte, weshalb sie von

zen eine Broschüre drucken, die die „Zusammenhänge“ offenbarte. Die wurde billig angeboten, weil die „zuständige Instanz“ wohl Geld genug hat, um solche Kosten aus der Portokasse zu zahlen. Vielleicht sollte ich aus der „Berliner Zeitung“ noch zitieren, wie der CDU-Landrat von Schmalkalden-Meiningen, Ralph Luther, die Affäre bezeichnete: „ein gefundenes Fressen für die Medien“. Man wünscht dem nur, dass sich das nicht bis nach Berlin herumspricht.

Sportkolumne

Sport, Politik, Geld

einem Olympia-Qualifikationsturnier heimfliegen und erst nach der Prüfung weiterspielen durfte. Das Turnier hatte übrigens nicht vor der Haustür stattgefunden, sondern in Australien. Feldhoff hat solche Missstände den Innenministern präsentiert. Wie soll Deutschland unter solchen Umständen zum dritten Platz kommen? Ob die Innenminister da nicht an die Medaillen, sondern an das einzusparende Fördergeld gedacht haben? Die Antwort weiß allein der Wind.

OBERHOF war Schauplatz glanzvoller Biathlon-Weltmeisterschaften und auch wieder Tummelplatz rastloser „Seilschaften“-Jäger. Die Gäste aus nah und fern waren schon auf dem Anflug, als man erst einmal die „Stasi“-Täter enttarnte und davonjagte. Unter den Parkplatzaufsehern soll einer gewesen sein, und damit auch niemand die drohende Gefahr ignorierte, ließen die zuständigen Instan-

BOXEN ist eine harte Sportart. Jetzt wird sie noch härter. Nicht dass man mit dem Gedanken spielt, die Klitschko-Brüder mit blanken Fäusten in den Ring zu schicken, aber die Manager, die in der Regel im Frack am Ring sitzen, sind sich in die Haare geraten. Der Sauerland-Stall (einstiger Star: Maske) wechselte zum österreichischen Verband, der Kohl-Stall (Klitschko-Brüder), bislang Alleinherrscher im deutschen BDB-Verband, sah sich plötzlich einem neu gegründeten Verband (GBA) gegenüber. Der wird wohl als erstes neue deutsche Meister ermitteln. Damit das nicht zu teuer wird, will man auf kostspielige Ringärzte verzichten. (Gespart werden muss überall.) – Im Grunde haben meine Zeilen in dieser Rubrik gar nichts zu suchen, aber LN hat noch keine Börsenrubrik, in der über das aussichtsreichste Geldverdienen in der Branche Sport Auskunft gegeben wird. Braucht sie wohl auch nicht.

TELESKOP

Morde in Leipzig

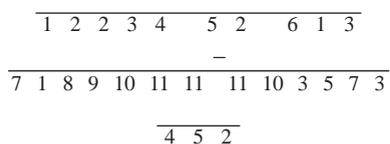
Ohne Mörder bräuchte es auch keine SOKO Leipzig. Es sei den Krimi-Abholden von einer durchaus Friedfertigen jedoch gleich vorweg gesagt: ohne Mord kein richtiger Krimi! Allerdings, komisch ist es schon, wenn einem plötzlich nicht aus Köln oder Detroit, sondern aus der Straße nebenan Geschichten von Rauschgiftsüchtigen und Drogenbossen, von über Leichen gehenden Immobilienhain oder tödlich endendem Mobbing und immer weniger von Eifersucht zwischen ihr und ihm oder ihm und ihm oder von kleinlicher Rache und Ähnlichem erzählt werden, eben den sozusagen gewöhnlichen Verbrechen, wie sie durchaus auch leipzigtypisch waren. Einst.

Es bedürfte eigentlich dennoch keiner SOKO Leipzig. Womit das ZDF freitags um 21.15 Uhr zur besten Sendezeit durchschnittlich 5,5 Millionen Zuschauer erreicht, lässt wenig vom Flair Leipzigs erleben. Ab und zu ein Kameraraschwenk von weit oben über den Bahnhofsvorplatz, mal ein Zipfelchen vom Neuen Rathaus. Ganz am Anfang der Raub im Juwelierladen im Alten Rathaus oder der spezielle Fall zum Wave-Gotik-Treffen, neulich ein rascher Blick aufs Völkerschlachtdenkmal. Ansonsten? Wenigstens bei den Anwohnern der Inselstraße hat es sich herumgesprochen, dass sich hier immer mal das Kriminalkommissariat befindet. Mit Zetteln und Plakaten wird höflich um Entschuldigung gebeten für eventuelle Beeinträchtigungen während der Dreharbeiten. Die Filmcrew ist erstaunt, wie nett die Leute darauf reagieren. Das sei nicht überall so. Leipzig, so heißt es aus den Reihen dieser Crew, sei der 5. Hauptdarsteller. Nun ja. Die vier menschlichen jedenfalls sind angenehm weit entfernt vom Typ des chaotisch unerträglichen Ruhrpott-Schimanski. Am meisten liebe ich Andreas Schmidt-Schaller. Seine Mutter war für mich als junge Volontärin der Inbegriff einer vornehmen älteren Dame. Sie lockte mich immer so lieb in ihr Büro und schwärmte mir dann von ihrem Schauspielstudenten Andreas vor. Das verbindet. Über Jahrzehnte, wie ich jeden Freitagabend vergnügt feststelle.

• **MAXI WARTELSTEINER**

LEIPZIGER GÄSTEBUCH

Das Diagramm ist vollständig auszufüllen, wobei die Leerfelder (Anzahl waagrecht u. senkrecht jeweils in Klammern) selbst zu finden sind. Bei richtiger Lösung ergeben die gekennzeichneten Buchstaben den **Titel des Programms**, mit dem **Walter Plathe** vom 22. bis 26. Februar in der „Funzel“ zu erleben ist:



waager.: 1. russ. Maler (1844-1930) – Personalcomputer (Abk.) – Kontinent (4) 2. ehem. namhafte Leipziger Druckerei – männl. Vorname – europ. Trägerrakete (2) 3. traditionsreiches Leipziger Filmtheater – Schabeisen d. Kammacher – Ballsportart (2) 4. an diesem Ort – Leipziger Naherholungsgebiet – engl.: weich, sanft (2) 5. Verzierung, Muster – histor. Leipziger Gaststätte (2) 6. früh. sowj. Nachrichtengattung – Sportverein (Abk.) – Kobold (6) 7. Tierfutter – Aus-, Zuruf – Fahrstuhl – jap. Brettspiel – Pöbel (4) 8. Stadt im Harz – dt. Chemiker

(1803-1873) – Entwicklungsabschnitt (2) 9. Teil d. Weinstocks – Vorgebirge – witziger Einfall – Hafenstadt in Algerien (4) 10. Längenmaß – Koranabschnitt – Reisbranntwein (4) 11. Leipziger Ausflugsziel – Leipziger Park (2) **senkr.:** A Stadtgebiet im Leipziger Südwesten (1) B französ. Adelstitel – trop. Harz (2) C gepflegte Grasfläche – Ungemach, Missstand (1) D arab. Fürstentum – Missgunst (1) E internat. Schriftstellerverband – das Mähen – Langspielplatte (Abk.) (2) F nordamerik. Indianer – Papageienart (1) G persönl. Fürwort – ital. Tonsilbe (4) H Schottenrock – alter Name für Leipzig (2) I Schar, Gruppe – persönl. Fürwort (3) J Mannschaft – Verein f. Bewegungsspiele (Abk.) (3) K Ausflug – Raubkatze (2) L Teil

enka	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R
1												10						
2	11								5									
3																	1	
4																		
5					2									7				
6																		3
7										9								
8																		
9																		
10										4								
11					6												8	

d. Monats – chem. Z. für Gallium (4) M Statut – Brennstof (1) N Nordeuropäer – engl.: Schleife – Schachausdruck (2) O allein – Blasinstrument (1) P Operette von Genée – franz. Revolutionär, Jakobiner (1) Q Erdkern – jap. Hafenstadt (2) R Bemühen, Absicht (1)

Auflösung des Rätsels 3'04:
 1. Snowboard 2. Loipe 3. Recknagel 4. Pechstein 5. Telemark 6. Oberhof 7. Neuschnee 8. Schnupfen 9. Sapporo 10. Thermik 11. Eistanzen 12. Norwegen 13. Axel 14. Biathlon 15. Oberstdorf 16. Kufen 17. Februar 18. Abfahrt 19. Rittberger 20. Weltrekord 21. Curling 22. Gletscher 23. Eishockey 24. Skating
**WINTERSPORTWETTERBERICHT
 PETERSBURGER SCHLITTENFAHRT**

Zu „Eine Nazi-Reliquie als Wallfahrtsort?“, LN 3 '04

Unglaublich!

Auf Seite 13 Ihrer kleinen, aber feinen Zeitung lese ich vom hochgeschätzten Klaus Huhn, dass es in der Olympiabewerberstadt Leipzig wenigstens keine nationalistischen Rudimente gäbe. Schon wollte ich ihm – auf diese Weise einigermaßen versöhnt mit hiesigen Zuständen – zustimmen, da fällt mir auf Seite 10 die Glosse „Unterm Strich“ ins Auge. Unglaublich! Unerhört. Es fehlen einem die Worte. Wenn die Leipziger Messegesellschaft dieses makabre „Ehrenbuch“ mit den Unterschriften von Hitler, Goebbels, Heydrich und anderen Nazi-Größen schon unbedingt in ihrem Archiv haben muss, bitte! Aber dass das Stadtgeschichtliche Museum diese doch tatsächlich als „Zeitdokument“ gefeierte Schwarte nun als Dauerleihgabe für eine Dauerausstellung „Moderne Zeiten“ im Neuen Rathaus angenommen hat, empört mich aufs tiefste. Ich schäme mich für die Macher dieser Schau, die uns solches zumuten. Außerdem hat Ihr Autor ins Schwarze getroffen, wenn er ahnt und warnt, da könnte ein neuer Wallfahrtsort für Neonazis geschaffen werden. Das darf nicht sein!

V. HILMER,
Z. Z. LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Wege zur Million gibt es einige, bloß nicht für jeden

„Wer wird Millionär?“, fragt Jauch. „Wie wird man Millionär?“, fragen sich viele politisch interessierte Bürger der Bundesrepublik. Nach meiner Beobachtung gibt es verschiedene Möglichkeiten.
1. Man wird Manager – die sicherste Art und Weise, hohe Abfindungen zu kassieren, siehe Banken-Landowski, Telekom-Sommer (11,6 Millionen), Mannesmann-Esser (30 Millionen), DB-Ackermann, BA-Gerster usw.
2. Wie wäre es mit Unternehmensberater? Da kann auch ganz heftig abgesahnt werden.
3. Vielleicht lieber gleich einen Abgeordneten- oder Ministerposten. Im Falle der Unfähigkeit oder der Abwahl gibt es ja Versorgungsansprüche. Die sehen dann so aus:
– Schill bekommt nach zweijähriger Amtszeit in Hamburg 175 000 Euro Übergangsgeld und eine lebenslange Rente, von der er allerdings nicht leben könne.
– Putzfrauen-Krause bekam 100 000 Euro

Übergangsgeld, ab dem 55. Lebensjahr stehen ihm monatlich 5000 Euro Rente zu. – Ex-Ministerin Nolte erhält, wenn sie 60 Jahre ist, eine Monatsrente von 6713 Euro. – Sachsens Ex-Ministerin Weber bekommt nach ihrer Flut-Affäre 27 000 Euro und hat Anspruch auf 4800 Euro Rente. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.
4. Es gibt noch ganz Pfiffige, die kassieren satte Fördergelder, setzen den Betrieb in den Sand und sich ab in die Steueroasen.
5. Schwarzgeld, Korruption und Schatteneinkommen sind weitere Alternativen. Wann regiert eigentlich ein Abgeordneter, z. B. Riesenhuber von der CSU, der mehr als 19 Nebentätigkeiten (Beraterverträge, Aufsichtsratsposten) nachgeht? Ständig behaupten die „Volksvertreter“, dass sie alles „transparent“ machen wollen – ein Lacher, wo eine Hand die andere wäscht, die Arroganz der Macht blüht und gedeiht und die Überheblichkeit der Mächtigen schon grenzenlos ist.

B. JANSEN, Leipzig

Revolutionäre Sozialisten gegen Dollfuß

Am 12. Februar jährte sich zum 70. Mal der Aufstand der revolutionären Sozialisten und Kommunisten in Wien, Graz und Linz. Der Aufstand wandte sich gegen den erstarkenden Austro-Faschismus des Engelbert Dollfuß. Die Aufständischen wollten die demokratische Entwicklung in Österreich retten. Seine blutige Niederschlagung bereitete dem Hitler-Faschismus den Weg für den „Anschluss“ Österreichs an Deutschland. Die revolutionären Sozialisten hatten bis dahin eine marxistische Richtung verfolgt, die als Austro-Marxismus bezeichnet wird.

Ihre Ursprünge liegen im 19. Jahrhundert, wobei der Vielvölkerstaat Donaumonarchie ihre Entwicklung und Ausbreitung stark begünstigte. Nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918 beschränkte sich die austromarxistische Bewegung im wesentlichen auf die Republik Österreich. Die Europäische Union der heutigen Zeit ist doch eigentlich auch ein Vielvölkerstaat. Böte es sich da nicht an, die Gedanken der Austro-Marxisten auf die sich entwickelnde linkssozialistische Bewegung zu übertragen?
S. SCHUBERT, Leipzig

Wahlvorgaben sind Urübel

Sie haben in Nr. 3 von LN im Beitrag „Das Problem mit den Vorgaben“ endlich einmal die unselige Praxis der Kandidatenfestlegung von oben kritisch betrachtet. Bei meinen Voruntersuchungen zu einem von mir erarbeiteten „Demokratischen Manifest“ bin ich gleichfalls darauf gestoßen, dass jede Kandidatenvorgabe ein Urübel der bürgerlichen Demokratie ist, das allerdings als eingefahrenes Ritual der Demokratie betrachtet wird, obwohl es das passive Wahlrecht aller nicht aufgestellten praktisch ausschließt und damit gegen das Grundgesetz verstößt.
DR. G. BREITENFELD

Die Hauptstadt ist auch für einen Studenten immer eine Reise wert. Sie ist an sich kein Problem, solange sie nicht das eigene Budget überschreitet. Meines ist sehr gering. Als Student verfüge ich über kein geregeltes Einkommen und meine Zeit gehört besser den Büchern als dem Jobben. Aber auf ein schönes Wochenende in einer anderen Umgebung möchte ich deshalb auch nicht verzichten. Im Leipziger Hauptbahnhof informiere ich mich über Verbindungen und Preise. Innerhalb von 90 Minuten könnte ich zwar mit dem Zug aller Züge, dem ICE, in Berlin sein. Bei dem

Wege nach Berlin

Preis bliebe kein Cent, um dann noch durch Berlin zu ziehen. Ich bekomme eine weitere Verbindung ausgedruckt. Zweimal umsteigen und 2,5 Stunden nehme ich gerne in Kauf. Dennoch: 24 Euro müsste ich investieren, nur für die Hinfahrt versteht sich. Ohne Bahn-Card für mich unerschwinglich. Vielleicht hilft mir ja das Internet weiter. Nachdem ich mich bei Mitfahrzentralen informiert habe, stoße ich auf den InterConnex – ein kleines Zug-Unternehmen aus Neubrandenburg. In zwei Stunden kann ich für nur 9 Euro in Berlin sein? Gibt es auch wirklich keinen Haken? Doch, den gibt es. Der Zug fährt nur einmal am Tag, und zwar morgens um acht. Kurze Schrecksekunde. Schon um acht? Das nehme ich dann aber auch in Kauf – bleibt schließlich viel mehr Zeit für Berlin. Ein bisschen müde und ohne Frühstück stehe ich am Samstag am Gleis. Der Zug kommt – von weitem kein großer Unterschied zum ICE. Bin ich auch wirklich auf dem richtigen Bahnsteig? Ja, das bin ich. In großen blau/gelben Lettern zielt „InterConnex“ den Zug. Im Inneren wurde auch nicht an Farben gespart. Ich entscheide mich für einen blauen Sitz. Man fühlt sich wirklich fast wie im ICE. Dann kommt auch die Schaffnerin, denn Karten gibt es nur im Zug. Sie wünscht mir einen guten Morgen und fragt nach meinem Zielbahnhof: „Einmal nach Berlin-Lichtenberg, bitte.“ „Dann schulden Sie mir 9,80 Euro, junger Mann. Getränke und einen Imbiss können sie zwei Waggons weiter zu sich nehmen.“ Fazit: Viele Wege führen nach Berlin, sogar ziemlich komfortable für einen Studenten wie mich. Bloß: Warum kann das die Deutsche Bahn nicht auch bieten? Was rede ich, schon kommt die nächste Fahrpreiserhöhung ...
HENNING CAMIN, Leipzig

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima **Geschenk** für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort
.....
evtl. Telefon
.....

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist
.....
Name, Vorname
.....
Straße, Hausnummer
.....
PLZ, Ort
.....

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
.....
BLZ
.....
Kontonummer
.....
Kontoinhaber
.....
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
.....
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
.....
2. Unterschrift des Auftraggebers
.....

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Montag, 23. Februar, 18 Uhr, Leipzig****Wie steht es um die Gründung einer Europäischen Linkspartei?** Diskussion mit Dr. Hans Modrow, MdEP
Harkortstr. 10**Dienstag, 24. Februar, 18 Uhr, Leipzig****Immanuel Kant und die Metaphysik.** Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Helmut Seidel
Harkortstr. 10**Mittwoch, 25. Februar, 18 Uhr, Leipzig**Leipziger Friedensstammtisch: **Pax Lipsiensis gegen Kriegsverbrechen. Leipziger Gruppen im Jahr 2004.** Einlader: Friedenszentrum Leipzig e. V. Ziel des Treffens ist u. a. die Vorbereitung einer öffentlichen Debatte zum Thema Kriegsverbrechen
Harkortstr. 10**Dienstag, 2. März, 19 Uhr, Leipzig**Vortrag und Diskussion: **ALEKSA – Das alternative Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen.** Mit Dr. Monika Runge, MdL
Harkortstr. 10**Mittwoch, 3. März, 19 Uhr, Leipzig**Filmabend GlobalLE 2004: **FETTE BEUTE und GLOBALISATION TAPES.** In Zusammenarbeit mit Attac Leipzig
UT Connewitz, Wolfgang-Heinze-Str. 12a**Mittwoch, 3. März, 18 Uhr, Chemnitz**Vortrag und Diskussion: **Lateinamerika – ein neuer Aufbruch?** Mit Dr. Peter Hamann (Leipzig) ***
Soziokulturelles Zentrum QUEER BEET, Rosenplatz 4**Donnerstag, 4. März, 18 Uhr, Leipzig**Anlässlich des 133. Geburtstages von Rosa Luxemburg und des Internationalen Frauentages: **Rosa Luxemburg und die Künste.** Mit Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig)**Dienstag, 9. März, 18 Uhr, Leipzig**Vortrag und Diskussion: **Grundschulreform und Chancengleichheit.** Mit Prof. Dr. Marlies Hempel (Potsdam, Hochschule Vechta)
Harkortstr. 10

*** Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Carl-Schorlemmer-ApothekeTelefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-AbgabeInhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 LeipzigTelefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter**Alternativen zur „Gesundheitsreform“**Am Dienstag, **24. Februar, 18.30 Uhr**, beantwortet der Landtagsabgeordnete Dr. Dieter Pellmann im **Kontaktladen**, Nelkenweg 33 (Grünau), Fragen zur Gesundheitsreform und stellt mögliche Alternativen vor. Der sozialpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und im Stadtrat Leipzig hält neues Informationsmaterial bereit. Der Ortsvorstand Leipzig-West (Grünau) der PDS lädt alle Interessierten herzlich zu diesem Bürgerforum ein.**„Haus Leipzig“ Gastro-Service GmbH**

Leipzig, Elsterstr. 22–24, Tel. 9 82 19 30

4. 3., 14 Uhr: Tanztee. Eintritt incl. 1 Glas Sekt: 5 €**18. 3., 14 Uhr: Tanztee.** Eintritt incl. 1 Glas Sekt: 5 €**18. bis 21. 3., 20 Uhr: Charlies Tante.** Gastspiel Tourneetheater Comedia Saxonia**24. bis 28. 3., 20 Uhr: Pension Schöller.** Gastspiel Tourneetheater Comedia Saxonia**ISOR e. V.**

Isor e.V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

25. und 26. 2., 10 Uhr, Haus Steinstraße: **Spoonface Steinberg** – ab 15 Jahre 5.**25. und 26. 2., 17 und 20 Uhr**, Werk II, Halle A: **Rattenfänger oder Mach weg das Nazi!** Jugendtheaterprojekt – ab 15 Jahre**27. und 29. 2., 19 Uhr**, Projekt Gießer 16: **Blau 1.** Interdisziplinäres Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre**5. 3., 19 Uhr** (letztmalig): ... und dran bist du. Jugendtheaterprojekt – ab 12 Jahre**Frauenkultur e. V.**

Leipzig, Windscheidstr. 51

2. 3., 19 Uhr: Nur Küche, Konsumwahn und Kinder – Nein, Danke! Offener Stammtisch für Frauen ab 45**4. 3., 20.30 Uhr**, Dok-Film: **Venus Boyz – Frauen als Männer****Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

29. 2., 10.30 Uhr: Führung durch die Sonderausstellung **Tod im Moor – Fossilien aus dem Geiseltal****3. 3., 17 bis 18 Uhr**, Familienveranstaltung: **Der klingende Frühling – gefiederte Sänger in einem großen Orchester****4. 3., 14 Uhr**, Führung durch die Vitrinenausstellung: **Koniferen aus Kalifornien****Chiemsee und Hohe Tatra rufen!**Wer hat Interesse in einer freundlichen Leipziger Reisegruppe (Reiseklub Berlin – Volkssolidarität) vom **29. Mai bis 6. Juni die Hohe Tatra / Strbske Pleso** (Hinfahrt mit Zwischenübernachtung in Brno) und vom **20. bis 25. September an den Chiemsee / Prien** zu fahren?Näheres von
Gisela Boldt:
Tel.: **0341-412 21 90****„RotFuchs“****Tribüne für Sozialisten und Kommunisten in Deutschland**

Der „RotFuchs“ ist eine Monatsschrift, die seit Februar 1998 mit stets wachsender Zahl von Leserinnen und Lesern erscheint. Sie wird in 27 Länder versandt.

Der „RotFuchs“ liefert seriöse innen- und außenpolitische Informationen, erhellt Hintergründe und Zusammenhänge und vermittelt solide gesellschaftstheoretische Kenntnisse.

Wofür stehen wir? Wir kämpfen publizistisch für den Sozialismus. Da dieser Begriff unterschiedlichen Interpretationen unterliegt betonen wir, mit dem Reformsozialismus, der Teil des bestehenden kapitalistischen Systems ist, haben wir nichts zu tun. Wir sind „altmodisch“ genug, um weiterhin für den wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin einzustehen, für eine soziale Ordnung, die nur durch den Klassenkampf der Ausbeuteten gegen die Ausbeuter auf revolutionären Weg verwirklicht werden kann.

Für uns bleibt die DDR das gute Deutschland; nicht weil sie ohne Fehl und Tadel war, sondern weil sie dem Kapital für 40 Jahre Macht und Ei-

gentum entzog; und weil sie den Frieden sichern half.

Der „RotFuchs“ ist konsequenter Gegner der als Reform getarnten gegenwärtigen und noch zu erwartenden Politik des sozialen Kahl-schlages, der Demontage der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechte sowie der zunehmenden Militarisierung der Politik durch die Regierenden und der rechten Opposition im Lande. Wir sind solidarisch an der Seite all derjenigen, die sich dagegen zur Wehr setzen.

Es ist ein von Organisationen unabhängiges Blatt für Sozialisten und Kommunisten mit und ohne Parteibuch.

Der „RotFuchs“ verursacht Kosten, hat aber keinen Preis. Zahlungsfähige Leser spenden für seine materielle Sicherung oder werden Mitglied des RotFuchs-Fördervereins. Lernt ihn kennen, um ihn beurteilen zu können. Weitere Informationen bzw. Probeexemplare sind erhältlich bei

Armin Neumann (Vertriebsleiter)

Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin

Tel.: 030 / 6545634

PDS-Stadtverband Leipzig

1. Werkstattgespräch zur Vorbereitung der Wahlen 2004

Aufführung und Diskussion zum Film

Herr Wichmann von der CDUam **28. 2., 13.30 Uhr**

im Kino „Cineding“, Karl-Heine-Str. 83

Eintritt frei

1. Lindenauer Nacht**Vom Kampfsport bis zum Kinderhospiz – Fest der Begegnung am 28. 2. ab 19 Uhr im Theater der Jungen Welt**

Dem Leipziger Westen haben der Stadtteilverein Lindenau, die IG Lindenauer Markt, die Fördergesellschaft des Theaters der Jungen Welt und das Theater selbst eine neue Veranstaltungsreihe kreiert. Der Eintritt zur „1. Lindenauer Nacht“ ist frei. Es erwartet sie ein informativer, kulinarischer, kultureller und vor allem geselliger Samstagabend. An einem gemeinsamen Bühnenprogramm beteiligen sich etwa 20 Lindenauer Initiativen, Vereine, Geschäfte und kulturelle Institutionen, so die MuKo, Lofft, Ciaconna Clox, KAOS e. V., Yushinkan, Petit Souci und viele andere.

Globalisierungskritische Filmreihe „globaLE“

Die globalisierungskritische Filmreihe „globaLE“ von ATTAC Leipzig ist mit dem Film „Profit, nichts als Profit“, der Diskussion mit Peter Wahl (weed) und über 100 Gästen sehr erfolgreich angelaufen.

Im März wird die „globaLE“ dann zum Thema „Privatisierung und Weltwirtschaft“ im UT Connewitz (Wolfgang-Heinze-Straße 12a) weitergeführt. Die Veranstaltungen finden immer mittwochs 19 Uhr statt; der Eintritt ist frei. Ergänzt werden die Filme mit Diskussionen und Vorträgen. Im März finden folgende Veranstaltungen statt:

3. 3. „Fette Beute“ und **„Globalization Tapes“** – Durch die globale Agrarwirtschaft werden die Regenwälder Indonesiens in monokulturelle Pal-

möl-Plantagen umgewandelt; die einheimische Bevölkerung wird enteignet und vertrieben.

10. 3. „Wiedergeburt des Liberalismus“. Film, Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian.**17. 3. „Cottonmoney und die globale Jeans“.** Der Niedergang der Baumwollproduktion in Tansania durch die Globalisierung.**23. 3. „Tote Ernte. Der Krieg ums Saatgut“.** Unkontrollierbare Folgen in der Genmanipulation**24. 3. (außerplanmäßig in der naTo) „Wasser, Macht, Geld!“.** Film und Diskussion zu Auswirkungen der Privatisierungswelle in der Wasserversorgung in Ungarn, Wales, Frankreich und Deutschland.



In einem speziell gesicherten, unterirdisch gelegenen Trakt des Bundesamtes für Enträtselung (BfE), im Volksmund Behörde für Enthüllungen oder kurz „Enthüllungsamt“ genannt, liegt hinter dicken Stahlbetonmauern ein geheimnisvoller Schatz. Es handelt sich um Tausende Namenstafeln, gefertigt aus der Rinde des Rosenholzbaumes, der im Osten Brasiliens seine Heimat hat. Um sie vor Verderb zu schützen, herrscht völlige Dunkelheit im Raum, eine Klimaanlage gewährleistet gleichbleibende Temperatur und Luftfeuchtigkeit. Die Rosenholztafeln stammen aus Amerika, und nach Deutschland hat sie ein Panzerkreuzer der CIA-Linie gebracht. Jeden Tag stieg die Amtsleiterin, eine

Hochwohlgeborene, hinab in den verliesähnlichen Raum und atmete in tiefen Zügen die nach Rosen duftende Luft ein. Dabei erfüllte sie immer ein unaussprechliches Gefühl der Macht über das Schicksal von Tausenden Menschen. Denn auf den Tafeln standen die Namen von Bürgern, die

„Geheimnisse“ auf Rosenholz

einstmals glaubten, etwas Gutes zu tun, wenn sie im Dunklen an einer unsichtbaren Front arbeiten, die überall und nirgends war. Die Genugtuung der Dame wurde nur getrübt durch die Tatsache, dass die meisten

auf den Tafeln verzeichneten Namen der Öffentlichkeit bereits seit langem bekannt sind. Dafür hatte die Denunziationslust ihrer Landsleute und der verbissene Fahndungseifer ihrer Mitarbeiter, der selbst vor Bergen zerissener Akten nicht halt machte, schon lange gesorgt. Bisher konnte sie verhindern, dass die Tafeln das Licht der Öffentlichkeit erblickten, denn sie waren als geheimnisvolles Drohpotential von unschätzbarem Wert.

Doch alles hat einmal ein Ende. Die Sensationspresse will es endlich wissen und die Jäger und die Aufarbeiter und die Rächer ... Im April wird es so weit sein. Der dunkle Berg wird kreißen und eine Maus gebären. **• M. B.**

Wanderungen durch Neufünf-land

Das widrige Wetter trieb uns in einen Brandenburger Gerichtssaal. Die Vorteile: geheizt, und Unterhaltung garantiert. Da waren sich zwei Autofahrer auf der Straße in die Haare geraten. Der eine soll gehupt, der andere beleidigt haben: die Abkürzung LDS – Landkreis Dahme/Spree als „Land der dummen Säue“ definiert. Wo klärt man derlei? Natürlich vor Gericht. Das passiert schließlich jeden Tag. In diesem Fall ergab sich jedoch eine völlig neue Nuance. Der Beleidigte teilte dem Gericht mit, dass er eigens aus dem Westen Deutschlands gekommen sei, um in Brandenburg „etwas aufzubauen“ und sich schon deshalb nicht beleidigen lasse. Die Richter: „Nicht auch noch politische Statements hier!“ Wir

klatschten und wurden des Saales verwiesen. Es hatte sowieso aufgehört zu regnen. In Fehrbellin, wo 1675 so mancher Brandenburger sein Leben aushauchte, der Große Kurfürst aber auf Denkmälern als Sieger über die Schweden gerühmt wird, haben sie drastisch zu sparen begonnen und viele Dörfer eingemeindet. Man feierte den Sieg über die leeren Kassen. Und vergaß darüber die Postboten. Die haben jetzt die freie Wahl zwischen 17 (in Worten: siebzehn) Fehrbelliner Dorfstraßen ... Ernstere Sorgen haben sie in Schwerin, wo uns auf Parkbänken Mütter klagten, dass sie vergeblich nach Spielplätzen suchen. In der Stadtverwaltung winkt man ab: Der Durchschnitt entspreche den

Orientierungsmarsch durch Dorfstraßen

„bundesweiten Richtwerten“. Kunststück: Man hat die Schulhöfe mit in die Statistiken geschrieben. Ein verantwortlicher Mann vom Kinderschutzbund: „Nach der Wende sind immer mehr Spielplätze verschwunden, besonders in der Innenstadt. Kaum zu fassen der Zusatz: „Kein Mangel für Kinderspielraum herrscht rund um die Plattenbauten.“ Sollte es deren Architekten am nötigen Immobiliendenken gefehlt haben? Ich erinnere mich der Rede im Brandenburger Gerichtssaal und der Motive des guten Mannes, der zu uns kam, um etwas „aufzubauen“. An Spielplätze hatte er vielleicht nicht gedacht ... **• KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

Der Reiz des Limerick

... hat bereits auf unsere Leser gewirkt

Wie versprochen, werden die besten veröffentlicht.
Die erste Limerick-Post erreichte uns von ELISA-BETH PICK:

Vom Westen her tönt's nach der Wende:
„Bewegt euch und rührt eure Hände!
Wer Arbeit nicht scheut,
dem liegt sie bereit.“
Doch mancher sucht sie bis zur Rente.

Komm ja nicht auf dumme Gedanken!
Gesunde trifft's und auch die Kranken.
Ein Wort greift enorm:
Gesundheitsreform!
Frau Schmidt weist euch schnell in die Schranken.

Rechtzeitig erreicht uns die Kunde:
Hier machen Reformen die Runde.
Ob Brille, ob Zahn,
auch dich geht es an.
Bald schlägt dir die rettende Stunde.

Die ob'ren Zehntausend bedenken sich
gern zwischendurch mit Geschenken.
Bei Rausschmiss gibt's Geld,
Was kostet die Welt?!
Das soll uns, das Fußvolk, nicht kränken?

Von Schließungen muss man erfahren:
Theater, Museen. – Seit Jahren!
Doch handelt sich's nur
um 'n bisschen Kultur.
Wir müssen halt überall sparen.

FUNDSACHEN

In Tschechiens Hauptstadt leben rund 10 000 Obdachlose – Tendenz steigend.

Vorwiegend in Polen will die „Preußische Treuhand“, eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Bonn, aktiv werden, auch die deutschen Alteilhaber mittlerweile polnischer Immobilien hoffen, dass ihre Chancen für Forderungen nach dem EU-Beitritt besser stehen ... 30 bis 40 einschlägige Anfragen pro Woche verzeichnet die „Preußische Treuhand“ seit dem vergangenen Herbst.
Beides Prager Zeitung, 5. 2.

„Unsre Linke an dem Schwerte, in der Rechten einen Speiß, kämpfen wir, so weit die Erde, mal für das und mal für dies.“ Dieses klassische Liedgut, das mir aus dem Bundeswehr-Liederbuch „Kameraden singt“ entgegenschallte, verunsicherte mich ...

Wenn man sich herausnimmt, sogar im Schulgesetz auf „christliche Traditionen“ zu verweisen, soll das etwa heißen, dass Kindern aus einem nichtgläubigen Elternhaus Verantwortungsbewusstsein, soziales Engagement, Achtung des anderen usw., eben humanistische Ideale – nicht zugetraut werden? Welch eine Überheblichkeit!

Beides Sächsische Zeitung, 31. 1.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341/21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,
04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
16. Februar
Die nächste Ausgabe erscheint am
5. März